

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 15. Mai 1929
11. Jahrg. Nummer 110

Preis: im Abonnement mit Ausnahme der Sommer- und Winterferien wöchentlich 0,50 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,50 RM., unter Streifenband 3,00 RM. Abgabebeweis: Die sozialdemokratische Druckerei oder deren Raum 12 W., Berlin, und Bestimmungsbüro 6 W., Kallieser-Platz 10 W. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der SPD., Section der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 14, Kreuzberg Str. 50, Tel. 506 50, Postfach 212. Filial-Expedition: Breslau 544, Reibitzstr. 11, Tel. 239 02. Sprechstunde der Redaktion: von 12-14 Uhr, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filial-Expeditionen: Glatz, Glatzstr. 20, Tel. 4085; Oppeln, Adenauerstr. 11, Tel. 2044; Silesien, Silesienstr. 11, Tel. 2044; Glatz, Silesienstr. 11, Tel. 2044; Glatz, Silesienstr. 11, Tel. 2044. Druck: „Sonder“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

Grzesinski auf der Anklagebank Blutmai und NSB-Verbot im Landtag

Der Polizeiminister darf nicht reden — Sitzung wiederholt unterbrochen — 5 kommunistische Abgeordnete mit Gewalt aus dem Saal geworfen

(Eigener Bericht) Berlin, 13. Mai.
Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages stand die Beratung des kommunistischen Misstrauensantrages gegen den preussischen Ministerpräsidenten und den preussischen Innenminister, der die Bestrafung aller am Mai-Blutbad beteiligten Polizeibeamten, die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpfers Bundes und der roten Fahne sowie die Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Börgiebel fordert.
Die Deutschnationalen fordern in dieser Sitzung provokatorisch den bei den Mai-Unruhen besonders gefährdeten Schupo-Beamten eine Gefahrenzulage zu gewähren. Als Grzesinski erschien, empfing ihn ein Sturm der Kommunisten: „Arbeitermörder!“ „Bluthund!“ scholl es ihm minutenlang entgegen.
Genosse Rasper begründete für die kommunistische Fraktion den Antrag und führte aus, daß die Polizei-Soldateska sich gegen die Arbeiter schlimmer aufgeführt habe, als wenn sie sich in Feindesland befänden hätte. Die Begründung des Demonstrationsverbots durch Börgiebel ist ein Beispiel der Verlogenheit. Die tatsächlichen Gründe für das Verbot liegen hauptsächlich in dem Erkennen der Sympathie der Arbeiterklasse für die kommunistische Partei. Als Grzesinski erschien, erschollen wieder minutenlang die Rufe „Mörder!“ und „Bluthund!“.

Selbstverständlich versuchte der Polizeiminister alle Schuld von Börgiebel und seinen Horden abzumäßen und auf die Kommunisten zu schieben. Dabei war es charakteristisch, daß Grzesinski auch seiner Wut über die von uns wiedergegebenen Feststellungen bürgerlicher Blätter über die wahnsinnigen Schieberereien Ausdruck gab, und darüber klagte, „daß die Berliner Presse der schweren Arbeit der Polizei nicht gerecht geworden sei.“
Der Polizeiminister besah die Stirn, die von uns angeprangerten Schandtatzen.
auf „begreifliche Nervosität“ zurückzuführen. Stürmische Zwischenrufe der Kommunisten unterbrachen Grzesinski bei dieser Provolation. Dreimal mußte Grzesinski den Weg von der Rednertribüne zurück zur Ministerbank antreten. Immer wieder unterbrachen ihn die Jornerufe der Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft. Der Hausrechtpräsident ließ fünf kommunistische Abgeordnete mit Gewalt aus dem Saale werfen. Genosse Abel forderte dann die kommunistischen Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen. Mit Gefang der Internationale und „Rot-Front!“-Rufen verließen dann die kommunistischen Abgeordneten jenes sogenannte Haus der Volksvertreter, in dem der niederträchtige Mord an unbewaffneten demonstrierenden Arbeitern als „staatsnotwendig“ gepriesen und die Arbeit der Blutsozialen von der SPD. und den anderen bürgerlichen Parteien gelobt wurde.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen

Der Landtagswahlkampf in Sachsen hat nach den bis jetzt vorliegenden Wahlziffern keine wesentliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse gebracht.
Der Wahlkampf wurde diesmal in Sachsen als Generalangriff der gesamten bürgerlichen Parteien und ihrer sozialdemokratischen Helfer gegen den „Linksradikalismus“ geführt. Die kommunistische Partei hat selbst diese Frontstellung von vornherein betont. Sie trat in scharfster Kampfstellung gegen alle anderen Parteien als die einzige sozialistische Partei mit einer wirklich revolutionären Wahlplattform auf. Sie ließ keinerlei Illusionen zu über irgendeine parlamentarische Regierungsmöglichkeit unter etwaiger kommunistischer Duldung. Die linkssozialdemokratische Mehrheitsregierung als ein neues politisches Manöver wurde schon im Wahlkampf abgetan mit der Feststellung, daß auch eine solche Regierung nur eine Beauftragung des Finanzkapitals sein kann. Jeder proletarische Wähler hatte sich deshalb klar für oder gegen die Diktatur des Proletariats zu entscheiden, wenn er für oder gegen die Kommunisten stimmte.
Der Generalangriff gegen den „Linksradikalismus“, der sich schon aus dieser scharfen kommunistischen Problemstellung im Wahlkampf ergab, wurde nach den Maiereignissen zur gemeinsamen Bluthöhe aller Bürger, Sozialdemokraten und Renegaten gegen die SPD. Eine wahre Flut von Verleumdungen, Beschimpfungen und blutrünstigen Verdächtigungen ergoß sich gegen die Kommunisten. Renegaten und Ueberläufer leisteten in diesem schamlosen Treiben tatkräftige Hilfe. Aber es ist der vereinigten bürgerlich-sozialdemokratisch-brandlerischen Hege nicht gelungen, den festen Bestand der kommunistischen Partei im sächsischen Industrieproletariat irgendwie zu erschüttern. Wenn die kommunistische Stimmenzahl, die gegenüber der letzten Landtagswahl um 3000 gestiegen ist, nicht die volle Höhe der Reichstagswahlziffern vom Mai 1928 erreicht hat, so zeugt das lediglich von Schwankungen in der Kleinbürgerlichen Stimmungen unterliegenden Peripherie und von gewissen Auswirkungen, die den Renegaten und Ueberläufern diesmal noch auf bisherige kommunistische Wählerkreise möglich waren.
Die Renegaten selbst, die Böttcher, Lieberach und Siewert, die mit fünf der Partei gestohlenen Mandaten in den Wahlkampf gingen, sie sind, wie wir das vorausgesagt, gescheitert und erledigt. Diese Liquidatoren konnten in ganz Sachsen nicht die nötige Stimmenzahl für ein einziges Mandat zusammenbringen. Dabei kann man ihnen wahrlich, da es für sie um das Letzte ging, nicht irgendwie mangelnden Arbeitseifer in ihrem Wahlkampf vorwerfen. (Auch aus Breslau hatten sie rednerische Reserven — Hausen und Erbe — herangeholt. Die Reaktionen.) Sie haben die größten Kraftanstrengungen gemacht, deren sie fähig waren. Und sie verfügten auch über reichliche Geldmittel, die ihnen aus dem Kleinbürgertum und aus den Kreisen der Arbeiteraristokratie zuströmten.
Ihr konterrevolutionärer Erfolg ist, daß sie erstens die Partei durch ihre inneren Auseinandersetzungen nicht zu dem konzentrierten Einsatz aller Kräfte gelangen ließen, wie bei den vorausgegangenen Wahlkämpfen, daß sie zweitens durch ihre Bewirksamänner der Partei zeitweilig 22 000 kommunistische Wähler abnahmen und einen beträchtlichen Teil indifferent machten, und daß sie drittens durch ihren liquidatorischen offenen Opportunismus in ihrem Handeln der SPD. wurden, indem sie sich dem Übergang sozialdemokratischer Arbeiter zum Kommunismus sperrend in den Weg stellten.
Die SPD. hat trotz dieser Sicherung, die die Brandstifter in manchen Gegenden für sie bildeten, gegenüber ihrer schweren Wahl-niederlage von 1928 zwar aufgeholt, aber bei weitem nicht die Reichstagswahlziffern vom Mai 1928 erreicht. Sie hat offenbare Verluste an die Nationalsozialisten und die Wirtschaftspartei zu verzeichnen. Wenn die SPD. sich gegenüber den Kommunisten gegenwärtig in Sachsen noch zu behaupten vermochte, so ist das politisch in erheblichem Maße darin begründet, daß die SPD. in den letzten Jahren an der Regierung in Sachsen nicht beteiligt war, daß sie vielmehr jahrelang in der Lage war, eine schmerzliche Opposition zu markieren. Es ist unseren sächsischen Genossen noch nicht gelungen, diese Scheinopposition der staatsfeindlichen SPD. vor den Massen genügend klarzustellen und zu kennzeichnen. Ebenso wie diese verwirrende Wirkung der Scheinopposition der SPD. auf die Arbeitermassen noch unterschätzt wurde, ist es auch verkannt worden, den schwankenden Mittelschichten, den Beamten und Angehörigen, den Kleinbauern und Gewerbetreibenden gegenüber zum Bewußtsein zu bringen, daß der Kampf gegen das ausbeuterische

Roter Betriebsräte Sieg bei den ober-schlesischen Eisenbahnern

Gleiwitz, 13. Mai.
Bei den Betriebsrätemahlen auf der Eisenbahn konnte die Liste „Revolutionäre Opposition“ einen glänzenden Sieg erringen. In der Lokwerkstatt Gleiwitz erhielt die Opposition die absolute Mehrheit.
Es erhielten:
Liste „Revolutionäre Opposition“ 674 8
Liste „GdC.“ (Christen) 164 2
Liste „Einheitsverband“ 109 1
Liste „GdC.“ (Kirche) 55 0
Am 13. Mai.
Von den 1175 Wahlberechtigten gaben insgesamt 1010 Kollegen ihre Stimme ab. Das Ergebnis der Christen ist darauf zurückzuführen, daß sie mit den Stahlheimern gemeinsam gingen.
Im NSB Oppeln wurden in den örtlichen Betriebsrat nur oppositionelle Kollegen gewählt. Folgende Stimmen wurden abgegeben:

	Haupt-Betriebsrat	Betriebsrat	Örtlicher Betriebsrat
Revolutionäre Opposition	599	—	—
Einheitsverband	99	705	714
GdC.	145	145	145
GdC.	148	148	148

Hierzu ist noch zu bemerken, daß die Liste der Opposition zum Betriebs-Betriebsrat für ungültig erklärt wurde.

Das Stärkeverhältnis der Parteien im Sächsischen Landtage nach den Wahlen am Sonntag drückt sich in folgenden Zahlen aus: Die SPD. erhält im ganzen 12 Mandate. Sie verliert zwei Sitze, während die SPD. mit 33 Sitzen zwei Mandate mehr hat als im verflochtenen Landtage. Die Deutsche Volkspartei hat statt 12 13 Vertreter im künftigen Landtage. Die Deutschnationalen sinken von 14 auf 8 Sitze. Der Verlust von 6 Mandaten kommt der Liste Sächsisches Landvolk zugute, die 5 Sitze erhält. Die Wirtschaftspartei steigert ihre Ziffer von 10 auf 11. Die Nationalsozialisten haben statt 2 Mandate 5 erhalten. Die NSD. sinkt von 4 auf 2. Die Demokraten büßen ein Mandat ein und haben 4. Auch die Aufwärtler verlieren mit drei Sitzen ein Mandat. Das Zentrum geht leer aus. Der politische Bankrott der Brandleristen wird durch die vollständige Ausschaltung aus dem Landtage besiegelt. Sie erhalten kein Mandat.

NSB. auch in Baden und Thüringen verboten

Auf Grund der Anweisungen des sozialdemokratischen Reichsministers Severing ist der NSB. nunmehr auch in Baden und Thüringen verboten worden.

Vom Tage

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, sieht der neue Wahlrechtsentwurf des Reichsministeriums des Innern die Schaffung von 227 Wahlkreisen vor. Außerdem enthält der Entwurf eine Bestimmung, wonach in Zukunft die Reichsliste kontingentiert werden soll.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in der Fraktionsitzung am Montag, im Reichstag für die Vorlage über „Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage des Reiches“ zu stimmen.
In Vorbereitung seiner Amerikafahrt ist „Grippe“ am Montag zu einer zweifünftägigen Werkstättenfahrt auszureisen, wobei er 28 Fahrgäste und 40 Mann Besatzung an Bord hatte.
Der norwegische Storting lehnte den Antrag der Arbeiterpartei ab, der forderte, daß Norwegen aus dem Völkerbund austrete.
Im Nationalliberalen Klub in London hielt Lloyd George am Montag eine große Wahlrede.

Die sächsischen Wahlen
Die Wahlen zum Sächsischen Landtag hatten folgendes Gesamtergebnis:

	Landtagswahl 1929	Reichstagswahl 1928	Landtagswahl 1929	Reichstagswahl 1928	Landtagswahl 1929	Reichstagswahl 1928
Kommunistische Partei	345 817	381 583	342 112	294 448	373 100	—
SPD.	922 117	999 421	758 142	936 373	797 769	—
Brandleristen	22 594	—	—	—	—	—
Altsocialisten	30 625	34 768	98 026	—	—	—
Demokraten	115 097	147 356	112 351	190 224	200 831	—
Aufwärtlerpartei	70 092	87 545	93 253	—	—	—
Wirtschaftspartei	304 403	232 053	237 463	125 994	—	—
Deutsche Volkspartei	363 421	316 617	292 079	409 654	424 443	—
Deutsche Sozialisten	217 363	254 490	341 065	546 798	511 083	—
Nationalsozialisten	138 792	74 343	87 725	34 311	32 881	—
Zentrum	25 440	23 519	24 089	25 902	18 654	—
Sächsisches Landvolk	140 522	127 575	—	—	—	—

Das war die Zahl des Sonderverkaufs der Wochenausgabe am Sonntag, dem 12. Mai. Bei der verbesserten Ausgabe...

Rache- und Schnelljustiz gegen Berliner Maitämpfer

(Eigener Bericht). Berlin, 13. Mai.

Heute wurde vor dem Berliner Schnellgericht eine weitere Reihe von Prozessen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Seltin...

Boamter aber fest und stiel bei keiner Aussage bleibt, daß er unter Hunderten Demonstranten gerade ganz genau beobachtet haben will...

27 Todesopfer Böttgabels

Heute erst wird bekannt, daß die Zahl der Toten, die als Opfer der Schupo-Verstärkungen in Berlin während der Maitage gefallen sind...

Finanzkapital, gegen die Bürgerdiözesanregierung und gegen die Reaktion nur von den Kommunisten und gemeinsam mit den Sozialdemokraten...

Diese ungenügenden Erkenntnisse und diese Verdämnisse wurden in einigen entscheidenden Gebieten in ihren Auswirkungen noch dadurch verstärkt...

In den Reihen der bürgerlichen Parteien sind einige Verschiebungen eingetreten, die keine Abschwächung, sondern eher eine Verschärfung der inneren Gegensätze der bürgerlichen Wählermassen erkennen lassen.

Die größere Wahlbeteiligung, die diesmal gegenüber der vorhergehenden Landtagswahl zu verzeichnen war, ist unmittelbar auf die Blutzüge der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse...

So soll uns das Wahlergebnis in Sachsen, das uns dort noch keinen neuen Erfolg brachte, Anlaß sein, mit einer gefestigten Partei und einer gefestigten Anhängerreihe von mehr als 300 000 Wählern...

Böttgabel verbietet „M3“

Berliner zum Verbot der kommunistischen Tagespresse Die SPD „mit Mat und Tat unterstützen“ ist verboten

Der Polizeipräsident hat die Wochenchrift „M3“ (Montags-Zeitung der Werktätigen) auf Grund des § 7, Ziffer 4 und des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik bis einschließlich 10. Juni 1929 verboten...

Diese allgemeine Darstellung und „Begründung“ des Verbots zeigt, daß Böttgabel und seine Ministerkollegen sich den Standpunkt des berühmtesten Reichssozialdemokraten...

Zu unserer nächsten Wochenauflage beginnen wie mit dem Abdruck einer Artilleriereihe

Eros im Zuchthaus

von Kurt Härtner

Die sexuelle Unsel, die sexuellen Verirrungen der gemarterten Gefangenen infolge der niederdrückenden Verbote bei bürgerlicher Strafvollstreckung...

wegen Landfriedensbruch und Aufruhr ein Jahr Gefängnis. Die Verhandlung hat aber so deutlich nur Schuldbeweise gegen die prügelfeindliche und schlagende Schupo erbracht...

Lohnverhandlungen im ober-schlesischen Bergbau gescheitert

11. Gleiwitz, 14. Mai. Am Montag fanden zwischen dem Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie und den Bergarbeiterverbänden die ersten Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen im Steinkohlen- und Erzbergbau statt.

Aus der bisherigen Haltung der Gewerkschaftsbürokraten geht eindeutig hervor, daß sie nicht die Mühe haben, einen Kampf um Lohnerrhöhung zu führen. Sie haben bisher keinen Versuch gemacht...

Selbstverständlich wird der Schlichter nicht die Erfüllung der Forderungen bringen. Sondern es wird so kommen, wie es vor kurzem im Ruhrbergbau geschah...

Die ober-schlesischen Bergarbeiter müssen diese Pläne durchkreuzen. Dort muß der Beschluß gefaßt werden, die Forderung von 1,50 Mark pro Mann und Schicht als Mindestforderung zu betrachten.

Scheffel geht den Weg zum Schlichter

In Berlin fand eine Besprechung der reformistischen Führer der Eisenbahnerverbände statt, die in Übereinstimmung mit den Führern der Postgewerkschaften...

Das war zu erwarten. Wieder ein Verschleppungsmanöver. Die Eisenbahner, Postler, Reichs- und Staatsarbeiter wissen, was sie davon zu halten haben.

Wollen die Eisenbahner die von ihnen angeführten Forderungen durchsetzen, so müssen sie selbst, ohne Rücksicht auf die Maßnahmen des Schlichters, den Kampf organisieren.

Oppositionssieg bei Bergmann

In den letzten Tagen fand in dem großen Berliner Metallbetrieb Bergmann (Werk Rosenthal) die Betriebsratswahl statt. Auf die Seite der Opposition entfielen 1880 Stimmen.

Dieser oppositionelle Sieg ist auch eine Antwort auf das unerwartete Misserfolg des Sozialdemokraten Böttgabel. Der Sieg ist ein so hoher einzuführender, als die SPD...

Sammelt für die Mai-Opfer!

Die Sammellisten sind für Schlesien mit Oswald Schulz, Breslau, Augustastr. 123, und für Oberschlesien mit Jahn, Hindenburg, Scheide-Platz 12, zu verrechnen.

Kommunistische Zeitungen in Bayern beschlagnahmt

Durch Beschluß des Amtsgerichts München wurde die „Neue Zeitung“ vom 11. Mai und die „Nordbayerische Volkszeitung“ vom 11. Mai wegen „Aufruf zur Aufruhr“...

Kommunistischer Sieg bei den französischen Gemeindevahlen

Paris, 13. Mai. Die Wahlergebnisse zu den Gemeindevahlen haben den Kommunisten einen Erfolg und den Sozialdemokraten einen Rückschlag gebracht. Die Sozialdemokraten erhielten 154 Mandate...

Schwere Kesselplosion in einer Brittefabrik

1 Tote, 2 Schwerverletzte. 11. Senftenberg, 10. Mai. Heute früh vor Schichtwechsel ereignete sich in der Brittefabrik der Grube Viktoria II der Niederlausitzer Kohlenwerke eine schwere Kesselplosion...

Schweres Explosionsunglück in Turin

11. Mailand, 13. Mai. Eine Explosion, deren Ursache bis jetzt unaufgeklärt ist, ereignete sich am Montagmorgen auf dem Königinnen-Margareta in Turin. Das Gebäude, in dem sich die Explosions ereignete, weist im ersten und zweiten Stock große Risse auf.

Ein Dampfer in die Luft geflogen

11. Bittkau, 13. Mai. Als der Schiffseigentümer Paul mit seinem Dampfer von der Elbe in den Blawener Kanal einbiegen wollte, erfolgte plötzlich eine heftige Explosion...

Neuer Schlaganfall Heinrich Bille. — 11. Berlin, 14. Mai. Wie das „Tempo“ meldet, hat Heinrich Bille, der sich nach seiner letzten Erkrankung schon auf dem Wege der Besserung befand, einen neuen Schlaganfall erlitten.

Verantwortlich: für den politischen Teil Kurt Domrowitz, für „Recht und Wahrheit“ und „Mabenburg“ Wilhelm Stenow, für „Breslau“, „Wetzlar“ und die übrigen Zeitungen Alfred Zwomas, sämtlich in Berlin. Für den obern-schlesischen Teil Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für Inhabere H. Rade, Berlin.

Im eigenen Spiegel

Die Roabiter Straßenunruhen im Jahre 1910 und die damalige SPD. — Scheidemann über das Jörgiebelstum

„... Gegen den polizeilichen Schutz für die Arbeitswilligen haben sich in Roabit große Menschenmassen gesammelt, die mit Schreien und Loben, mit Steinwerfen und Revolvern, mit Zerstörung von Laternen und Löden (Lebhafte Ausrufe „Guh, guh!“ bei den Sozialdemokraten) gegen die Beamten und gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung angingen... Unter den Verhafteten befanden sich einige vierzig Personen, die politisch oder gewerkschaftlich organisiert waren... Meine Herren, glauben Sie denn wirklich, daß die Polizei Freude an beratigen Tummeln hat? Solchen Behauptungen sehe ich das öffentliche Anerkenntnis entgegen, daß die Polizei in Roabit ihre Pflicht getan hat. (Stürmische wiederholte Zurufe links.) Meine Herren! Sie werden diese Mißhandlung nicht abwaschen. Der Versuch dazu wird in seiner Wirkung nur eine Ermunterung zu neuen Straßenkämpfen sein. Die Stimmung, die in Roabit losgebrochen ist, die haben Sie gewollt, auf die arbeiten Sie planmäßig hin. Das Ihnen der Anlaß, daß Ihnen der Zeitpunkt, daß Ihnen auch die Bemühungen des Roabiter Jugendlings nicht passen, das ändert am Kern der Sache gar nichts. (Sehr gut rechts und in der Mitte. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Westmann-Holtweg 1910! Jörgiebel 1929 redet nicht anders. Und so wie die bürgerliche Presse 1910 über die Sozialdemokratie herfiel, so fällt sie heute in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Presse über uns Kommunisten her.

Die Sozialdemokraten blieben damals die Antwort nicht schuldig. Aus den Ausführungen ihrer Redner sind einige Sätze heute überraschend zeitgemäß; Dr. David, der eine offizielle sozialdemokratische Fraktionsredner, führte u. a. aus:

„Meine Herren! Wie das in Roabit war, darüber gebe ich kein Urteil ab. Aber wenn unsere Presse, und wenn Leute, die das politische Leben verfolgen, bei solchen Vorgängen auf den Gedanken kommen, daß von der Polizei ein kleines Feuerchen zu einem großen Feuer angeblasen wird, so sind diese Leute berechtigt, zu solchen Gedanken nach den Erfahrungen, die gemacht worden sind in der Vergangenheit. Als vor einigen Jahren Demonstrationzüge stattfanden, wurde von Polizeigenossen konstatiert, daß unter diesen Demonstrationstagen Beamte der Polizei marschierten, natürlich in Zivil, und es wurde konstatiert, daß diese sich durch aufreizende Zurufe hervorhoben, daß sie antworteten, daß sie sagten: „Seid doch nicht so schlapp“...“

Nun hat der Herr Reichsanwalt ein fertiges Urteil abgegeben über das Verhalten der Polizei, indem er gesagt hat: „Die Beamten haben ihre Pflicht erfüllt.“ Hat der Reichsanwalt die Berichte über die Zeugenaussagen in diesem Prozeß gelesen? Hat er gelesen, daß zahlreiche Zeugen belundet haben, daß die Polizei in Fällen, wo kein sichtbarer Anlaß dazu vorlag, Straßen absperrte und dadurch die Passantenpausen selbst herbeiführte, so daß sie den Verkehrsbedürfnissen in der aller schlimmsten Weise zuwiderhandelte? Daß Polizei harmlos auf den Straßen gehende Menschen zusammentrieb und rücksichtslos mit den Säbeln auf sie eingeschlagen hat, so daß Frauen, Kinder, Greise, hilflos alle Leute schwerverletzt vom Plage getragen wurden? Hat er gelesen, daß bei jeder solchen Gelegenheit ein alter Mann Verletzungen erlitt, am Ende er gestorben ist, ein alter Mann, der auf die Straße gegangen, um sein Kind heimzuholen aus Angst, es könnte diesem draußen etwas passieren?...

Der andere Fraktionsredner — es war Scheidemann — führte in seiner Rede aus:

„Meine Herren, die Angst ist bei Ihnen ja viel größer, als Sie zugeben wollen, und in der Angst Ihres Herzens haben Sie auch den Schrei nach dem Schutzmännchen, nach dem Staatsanwalt ausgehoben. Anderswo ist der Schutzmännchen eine hilfswillige Persönlichkeit, die altersschwachen Personen über die Straße hilft. Bei uns soll der Schutzmännchen altersschwachen und bankrotten Parteien wieder auf die Beine helfen. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Der Schutzmännchen soll bei uns auch das Material für Verleumdungskampagnen gegen die Sozialdemokratie sammeln; — bei uns soll der Schutzmännchen mit dem Säbel wählen machen... Betrunkene grässliche Studenten, die sich in der Weise benehmen wie die Bonner Borussen, das sind zu besonderem Ehrgefühl erzeugende Leute. Und Arbeiter, die sehen, wie Schutzmännchen in ihrer blinden Wut unschuldige Männer und Frauen niederschlagen und dann „Bluthundel“ rufen, das sind proletarische Unholbe mit grundverdorbenem Charakter.“

So weit aus dem Stenogramm der Reichstagsreden vom 2. bis 14. Dezember 1910. Die Nutzenwendung für unsere Zeit wird sich jeder Leser leicht selbst machen und er wird auch verstehen, welcher altersschwachen und bankrotten Partei der hysterische Schrei der Sozialdemokratie nach dem Schutzmännchen wieder auf die Beine helfen soll.

Unfreiwilliges Eingeständnis einer anderen SPD-Lüge

In seinem letzten Aufruf, der in der gesamten sozialdemokratischen Parteipresse erschien, hat der sozialdemokratische Parteivorstand, trotzdem er wusste, daß es sich um eine bewusste Lüge handelte, behauptet, daß die bei einem Kaufhandeln in einer Wirtschaft erschlagenen Arbeiter der SPD, Pa e g e und J e n r i c h, von Kommunisten ermordet worden seien. Jetzt ist dieser Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes als ein Flugblatt erschienen. Bezeichnenderweise haben jetzt die Sozialdemokraten die Behauptung, daß Pa e g e und J e n r i c h von Kommunisten ermordet wurden, fallen gelassen, indem sie aus dem in der Presse erschienenen Aufruf im Flugblatt die betreffende Stelle strichen. Dieses sicher unfreiwillige Eingeständnis ihrer Lüge beweist, daß kein Mittel ihnen insam genug ist, um ihre Mordhege gegen die SPD zu führen.

Vernichtende Anklagen einer bürgerlichen Zeitschrift gegen Blut-Jörgiebel

Die bekannte Berliner Wochenchrift „Das Tagebuch“, die in allen politischen Fragen, auch in dieser Nummer, eine kommunistenfeindliche Haltung einnimmt, also keinesfalls der kommunistenfreundlichkeit beschuldigt werden kann, erhebt in einem Artikel des Redakteurs Leopold Schwarzschild, „Kriegszustand“ („Tagebuch“ vom 11. 6.) geradezu vernichtende Anklagen gegen Jörgiebel und damit gegen die gesamte Lügenkampagne der sozialdemokratischen Presse. Das „Tagebuch“ schreibt:

„Ohne jeden vernünftigen Anlaß wurden in Reutlitz und am Wedding Gummitruppaten gegen einen nichtvorhandenen Feind gerichtet. Ohne jeden vernünftigen Anlaß wurden Straßenzüge abgefeuert und tagelang unter Belagerungszustand gesetzt. Ohne jeden vernünftigen Anlaß wurden mit Revolvern, Karabinern und Maschinengewehren 24 Menschen getötet und 73 schwer verwundet. — Arbeiter, Kleinbürger, Frauen und Klempner, nicht einer davon in einer kommunistischen Unternehmung oder gar in einem Angriff wider die Polizei begriffen! Nichts hatten diese Menschen getan, als daß sie friedlich durch die Straßen gegangen waren, auf dem Ballon oder hinter Haustüren gekauften und schlummerten, kaumend zugehoben hatten, was der Bewaffneten-Aufmarsch denn da eigentlich sollte.“

Nicht leichtfertig sind diese Behauptungen aufgestellt. Wir selbst, die ganze Redaktion dieser Zeitschrift, hatten die Vorgänge anfangs anders ausgelegt, verführt von den vorangegangenen Aufrufen der Kommunisten und verführt von den amtlichen Schlichtberichten. Erst allmählich formte sich aus unzweifelbaren Mitteilungen von Augenzugehen ein anderes, immer erregenderes Bild. Kein einziger Kommunist ist von uns gehört worden, kein einziger, der auch nur in den Berichten der Parteiführung geraten wurde. Unsere Hauptinformanten waren erfahrene, zuverlässige Berichterstatter von weltweit angesehenen bürgerlichen Zeitungen, kritische Journalisten, die Stunde um Stunde die Ereignisse beobachtet hatten und jetzt noch vor Empörung zittern, wenn sie davon erzählen. Einer dieser vor persönlicher Lebensgefahr nicht gewichenen Kollegen hat einen Bericht auch schriftlich niedergelegt, wie verächtlich ihn in diesem Fest als Dokumente der Wahrheit. Außerdem sind Einwohner der „Kampfbühne“ von uns befragt worden, wiederum nicht Kommunisten, sondern ehrliche Bürger. Kaufleute mit großen Geschäften und Duzende von Angestellten. Nicht einer war darunter, der nicht außer sich gewesen wäre und nicht erklärt hätte, daß nichts, nichts und wieder nichts sich ereignet habe, was auch nur als Schatten eines Grubdes für diese Polizeilaktion oder gar für ihre terroristische Durchführung hätte dienen können!“

Die Rache gehört dem Proletariat Arbeitermörder, die ihrem Schicksal nicht entgehen

Im Kaukasus wurde vor einigen Tagen der ehemalige weißgardistische General Unilow auf Grund eines Urteils des Revolutionärtribunals erschossen. Unilow hatte während der Besetzung Georgiens, unterstützt durch die nach Petroleum gierenden englischen Imperialisten in einem Dorf ein Arbeitermattler veranfaßet und den dortigen Arbeitererrat der Kommunisten, mit samt 360 kommunistenverdächtigen Einwohnern, der Reihe nach erschossen. Der weißgardistische Bandit zwang die Ermordeten vor ihrer Ermordung, selbst ihr Grab zu graben. Nach der Wiederbesetzung Georgiens durch die Rote Armee und die Vertreibung des von der 2. Internationale unterstützten sozialfaschistischen Bestandes flüchtete der Mördergeneral ins Ausland, kam aber später nach dem Scheitern der Interventionspläne auf Schleichwegen wieder nach Sowjetrußland, um dort unter falschem Namen weiterzuarbeiten.

Eines Tages wurde er wegen eines geringfügigen Vergehens gegen die Bestimmungen der Sowjetgesetzgebung vor den Bezirksrichter von Platomstaja zitiert. Dieser horchte beim Klang der Stimme auf, und als er Verdacht schöpfte, wurden die Papiere des „harmlosen Sowjetbürgers“ durch die GpIl. genauer geprüft. Der Bezirksrichter, einer von den wenigen Genossen, die damals den Klauen der weißen Bestien entronnen waren, hatte den Mördergeneral erkannt, und in diesem Augenblick war sein Schicksal besiegelt. Nachdem es ihm elf Jahre gelungen war, sich der Rache der siegreichen Arbeiterklasse zu entziehen, erfüllte sich der tausendfache Fluch, den ihm seine Opfer in der letzten Stunde nachsandten.

Auch in Deutschland höhnen heute noch die Arbeitermörder über ihre Opfer, und die sozialfaschistischen Führer begeißeln sie noch im Grabe. Das deutsche Proletariat wird ihrer am Tage der Vergeltung nicht vergessen.

Der Friedensengel der II. Internationale

Paul Boncour für Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht

In dem Pariser Organ „Eclair“ veröffentlicht der „Sozialist“ Paul Boncour eine Antwort auf die Rede Stresemanns vor den ausländischen Journalisten. Er vertritt hier aufschärfste die Interessen des französischen Imperialismus, indem er betont, daß der Versailler Vertrag keine Verpflichtung zur Abrüstung enthält und die allgemeine Wehrpflicht in Frankreich bestehen muß für den Frieden sei. Unter allerlei Phrasen beruft er sich auf die Verträge von Locarno und Genf von 1924, die von den Imperialisten aller Länder geflissentlich sabotiert werden, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, abzurufen. (Die Rüstungsbestrebungen Paul-Boncour als Vertreter des französischen Imperialismus sind ein würdiges Seitenstück zu dem Friedenspetitionensturm der deutschen Sozialimperialisten, die diesen Friedenswillen durch den Bau von Panzerkreuzern und einen Wehretat von unheimlicher Höhe demonstrieren. Die Sozialfaschisten aller Länder führen die Rüstungen ihres eigenen Imperialismus durch und versuchen mit hohlen Friedensphrasen die Arbeiter zu benebeln. Kampf gegen den Krieg bedeutet gleichzeitig Kampf gegen den Sozialfaschismus als Steigbügelhalter der Imperialisten bis zu seiner Vernichtung.)

Zeitung ausschied, noch die Schamlosigkeit besaß, 150 Mark seines Monatsgehalts für Mai im voraus abzugeben, mit anderen Worten, die Arbeiterschaft und ihr Zeitungsunternehmen zu bestehlen.

Bei seinem Uebertritt zur SPD. hat sich Ohel natürlich verpflichtet müssen, eine Verleumdungskampagne gegen die kommunistische Partei zu eröffnen. Er hat die Partei beschuldigt, einen ehemaligen Düsseldorfer Arbeiter, Fridolin Leutner, in Moskau meuchlings aus dem Wege geräumt zu haben. In der Düsseldorfer Sozialdemokratischen Partei erklärte Ohel dazu, seit vier Jahren habe er das Material dazu in der Hand. Aber warum hat er dann vier Jahre geschwiegen?

Die Wahrheit ist, daß Ohel nicht die geringsten Beweise für seine schamlosen Beschuldigungen in der Hand hat. Die Wahrheit ist, daß Ohel seit vier Jahren mit der Frau des toten Leutner zusammenlebt und jetzt dafür gewissermaßen der Öffentlichkeit eine Erklärung geben möchte.

In der Düsseldorfer Arbeiterschaft gibt es selbst bei den sozialdemokratischen Arbeitern, nur ein Urteil über diesen schamlosen Renegaten: tiefe Verachtung. Was die SPD. hege mit dem Fall Ohel in Düsseldorf nicht erreichen konnte, das versucht sie in den anderen Teilen Deutschlands zu erreichen, Verleumdung und Verdächtigung der SPD.

Unter Düsseldorf Bruderblatt, die „Freiheit“, hat Ohel wiederholt einen Schurken und Verleumder genannt und aufgefordert, mit seinem „Beweismaterial“ herauszutreten. Ohel hat sich darauf in Schweigen gehüllt. Er weiß, daß seine Anschuldigungen elend zusammenbrechen werden. So sieht es also mit dem neuesten Kronzeugen der SPD. aus.

Eine geplante „Vorwärts“-Lüge

In kleiner und unauffälliger Aufmachung bringt der „Vorwärts“ vom Sonnabend, dem 11. Mai, eine Berichtigung über die von ihm verbreitete Lüge, daß unser Genosse Reichstagsabgeordneter Ende sich am 1. Mai in der Eggelfor-Diele in Berlin aufgehalten habe. Jetzt muß der „Vorwärts“ feststellen, daß der Genosse Ende wie alle anderen Parteifunktionäre sich unter den Demonstranten aufgehalten hat und überdies von der Jörgiebel-Polizei am 1. Mai verhaftet wurde.

Eine von den vielen „Vorwärts“-Enten ist also als eine gemeine Lüge und infame Hege, die nur darauf berechnet war, die kommunistischen Führer in den Augen der Arbeitermassen zu diskreditieren, entlarvt worden. Das aber, wird den „Vorwärts“ nicht hindern, in derselben Weise weiter zu lügen und die kommunistische Partei sowie die Gefallenen der Maitage mit seinem Geifer zu bejudeln.

Auch ein Kronzeuge der SPD.

Durch die ganze SPD. Presse geht die sensationelle Mitteilung, daß der frühere Volkredakteur der kommunistischen „Freiheit“ in Düsseldorf, Wald Ohel, zur SPD. übergetreten und gegen die kommunistische Partei den Vorwurf des Meuchelmordes erhoben hat.

Ohel hat für seinen Austritt aus der kommunistischen Partei eine Erklärung abgegeben, als ob er infolge von politischen Differenzen (Ablehnung der Beschlüsse des 4. RSZ.-Kongresses und des 6. Komintern-Kongresses und der neuen Taktik der Partei) nicht länger in der SPD. bleiben könne. In Wirklichkeit hatte Ohel während des letzten Jahres alle Beschlüsse der internationalen Kongresse, des Zentralkomitees und der Bezirksinstanzen gutgeheißen und bis zum Tage seines Uebertritts zur SPD. keinerlei Bedenken oder Einwendungen erhoben. Im Gegenteil, er hat sogar wiederholt sehr heftige Ausdrücke gegen die rechten Liquidatoren gebraucht, mit denen er sich jetzt solidarisiert.

Der wirkliche Grund von Ohels Uebertritt zur SPD. ist ein ganz anderer: man hat ihm eine ruhige Pfründe versprochen! Dafür hat er seine politische Ueberzeugung verkauft.

Für Ohels moralischen Charakter ist bezeichnend, daß er am 30. April, an demselben Tage, an dem er in dem Düsseldorfer SPD. Blättchen seinen Austritt aus der kommunistischen Partei publizierte, womit er auch automatisch aus der Redaktion der kommunistischen

PETERS UNION FAHRRAD-REIFEN
OFT NACHGEAHMT - NIE ERREICHT

Antwort auf Hungerstreik — Streik

Die bereits gestern gemeldet, sind die Breslauer Mäler am Montag, dem 13. Mai, geschlossen in den Streik getreten. Der Streik war die Antwort auf den Versuch des Sachwalterverbandes, der eine Erhöhung des Tariflohnes um 4 bzw. 5 Pfennig forderte. Die Mäler lehnten diesen Hungerstreikspruch empört ab und beschlossen den sofortigen Streik.

SPD.-Schwindel über kommunistische Bergarbeiterfunktionäre

Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse verbreitet den Schwindel, daß bei dem Bergarbeiterstreik im Sandommer Revier die kommunistischen Funktionäre wohl zum Streik aufgerufen hätten, sie selbst seien aber arbeiten gegangen. Über den Streik der Bede De Wenzel vom 8. Mai wird berichtet, daß die Belegschaft vollständig gestreikt habe, der kommunistische Führer Funf habe aber sich selber zwei Tage Tariflohn geben lassen. Die Belegschaft sei durch den Streik um einen halben Tagelohn geschädigt, der kommunistische Führer hätte sich aber schadlos gehalten. Auch dies ist ein gemeiner Schwindel.

Wichtig ist, daß die kommunistischen Funktionäre sich überall an die Spitze der Streiks gestellt haben, das beweist auch die Tatsache, daß auf den Sandommer Revieren, wo gestreikt wurde, mehr als 2000 kommunistische Funktionäre gemeldet wurden. Ebenso ist der Genosse Funf von De Wenzel gemeldet worden und hat keinen Tariflohn geholt. In einem am Sonntag, dem 5. Mai, von mehr als 2000 Belegschaftsmittgliedern besuchten Belegschaftsversammlung wurde das eindeutig festgestellt. Die Belegschaft beschloß auch, die Wiedereinstellung Funfs zu erzwingen.

SPD.-Ortsverwaltung Solingen abgelehnt

Spaltungssaktion der SPD.

Vor einigen Wochen traten die neugewählten Delegierten der Ortsverwaltung Solingen im Deutschen Metallarbeiter-Verein zusammen und wählten mit 808 gegen 160 Stimmen eine Ortsverwaltung, die sich aus Kollegen der revolutionären Opposition zusammensetzt. Unter dem Druck dieser Wählung mußte der Vorstand die neue Ortsverwaltung mit den Genossen P. H. N. S. U. T. H. und R. O. G. an der Spitze bestätigen. Sofort oder letzte die Sabotage der sozialdemokratischen und ehemaligen kommunistischen Angestellten und Geschäftsführer ein, die alles versuchten, den Kollegen der Ortsverwaltung, die im Betrieb beschäftigt waren, die Ausübung ihrer Funktionen unmöglich zu machen. Beispielsweise wurde das von der Ortsverwaltung herausgegebene Mitteilungsblatt von den Geschäftsführern auf dem Büro liegen gelassen und von ihnen selbst ein neues geschrieben und an die Mitglieder durch die Kassierer zur Verteilung gebracht. Alle Beschlüsse der Delegiertenversammlung oder der Funktionärskonferenzen in bezug auf die Lohnbewegung wurden von den Angestellten sabotiert. Nicht weniger als 24 Angestellte drückten sich auf der Verwaltung herum, die von den 12000 Mitgliedern ernannt werden müssen. Bisher hatte der Vorstand mit allen Mitteln der Zentralgewalt verhindert, daß von den in der Mehrheit sozialdemokratischen Angestellten welche abgebaut wurden. Mit der

Begründung, daß schon genug Angestellte vorhanden seien, würde die Anstellung der neuen Bevollmächtigten abgelehnt. Daraufhin hat die Delegiertenversammlung beschlossen, drei der borniertesten reformistischen Angestellten zu entlassen und dafür die beiden gewählten Bevollmächtigten anzustellen. Bei einer so großen Verwaltung ist es eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Wahlprüfung der Arbeiter der Metallarbeiter die Bevollmächtigten durch Freistellung genügend Bewegungsfreiheit erhalten. Dieser selbstverständliche Beschluß der Delegiertenversammlung war für den Vorstand der Ortsverwaltung ihres Amtes zu entsetzen, um die drei von den Mitgliedern entlassenen Angestellten mit der kommunistischen Verwaltung zu betrauen.

Rückwärts tritt der Vorstand die proletarische Demokratie im Verband mit F. H. N. Mitgliedsbeschlüsse

Berschärfung des Mühlenarbeiterstreits

Eine verlogene Unternehmerveröffentlichung — Ausdehnung des Streiks notwendig

Der Streik in den Breslauer Mühlen schärft sich von Tag zu Tag zu. Vor einigen Tagen konnte man in der bürgerlichen Presse eine Mitteilung des Vereins der Arbeitgeber der Mühlenindustrie lesen, in der u. a. behauptet wird:

„Es ist eine glatte Fälschung der Deseinfälligkeit, wenn man der Gewerkschaft darauf hingewiesen wird, daß die Mühlen sich vergeblich bemüht hätten, Arbeitswillige heranzuziehen. Das Angebot von Arbeitnehmern die unter den Bedingungen, die den alten Arbeitern zum Streik Veranlassung gegeben, zu arbeiten bereit sind, ist nicht nur den gegenüberliegenden Bedarf, sondern selbst die Zahl wesentlich übersteigt, die überhaupt bei den Mühlen untergebracht werden kann. Die Breslauer Mühlen haben bereits in der vergangenen Woche mit vollkommenen neuen Belegschaften die Betriebe wieder aufnehmen können. ... Die Durchführung des Streiks erfolgt in einer Weise, die jedem menschlichen Empfinden Doga spricht. Arbeitswillige werden nicht nur fortwährend beschützt, sondern auch verprügelt und in einer geradezu unmenschlichen Weise blutig geschlagen, Mühlensautos mit Steinen beworfen und bergelassen. Es blies daher den Mühlen nichts anderes übrig, als den polizeilichen Schutz für das Leben und die Gesundheit der arbeitenden Leute in Anspruch zu nehmen. Die Polizei ist erst eingesetzt worden, als die Ausschreitungen überhand nahmen ...“

Wie die Streikleitung dazu mitteilt, sind die Behauptungen des Arbeitgeberverbandes aus der Luft gegriffen. Es ist wohl richtig, daß in jedem Betriebe einige Streikbrecher vorhanden sind, doch es kann keine Rede davon sein, daß dadurch die Mühlen vollkommen im Gange sind. Wie der „Hochbetrieb“ in den Mühlen vorgeschätzt wird, zeigt der Fall in Schochwitz, wo am Mittwoch vergangener Woche die

Mühlen den ganzen Tag leer laufen mußten, und die Müller die Maschinen nicht abstellen durften, damit der an diesem Tage dort anwesende Aufsichtsrat getäuscht werden konnte. Irrendwackige Verlautbarungen der Streikbrecher, von denen die Arbeitgeber in heuchlerischer Weise zu berichten wissen, haben bisher nicht stattgefunden. Die Polizei hatte bisher keinerlei

gegen sich, wenn sie sich gegen die SPD. richten. Dühring von Angestellten werden fastbalan in ihren Leitern belassen, obwohl sie längst nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder besitzen und überflüssig geworden sind. Würdiger stehen sich die Maßnahmen des Vorstandes gegen die Solinger Ortsverwaltung an das Vorgehen der Reichsvereine gegen die Berliner Betriebsräte an. Die Metallarbeiter in Meibach müssen diesen Verhandlungsstrecken, die die Mitgliedsrechte mit Füßen treten, zum Teufel jagen und in den Betrieben die sozialdemokratischen Funktionäre des Verbandes vor die Frage stellen, ob sie diesen Kurs, der notwendigerweise zur Spezifizierung der Organisationsführer führen muß, mitmachen wollen. Jeder Funktionär, der nicht schamlos von diesen Schöflingen der Arbeiterbewegung abfällt, muß von den Mitgliedern befehligt werden. An ihre Stelle müssen Kollegen gesetzt werden, die mit den Arbeitern den Kampf gegen die verbandsgewaltende Bürokratie aufnehmen.

Arbeitsmöglichkeit. Selbstverständlich haben die Streikposten alles mögliche versucht, um die Streikbrecher vor dem Verworflichkeit ihres Verhaltens zu überzeugen, zum Teil mit Erfolg.

Wenn die Mühlenarbeiter ihren Streik mit Erfolg abschließen, so müssen sie sich für eine Kampfmittel anwenden. Wir haben bereits vor einigen Tagen hingewiesen, daß der Breslauer Kampf mit dem Kampf in Berlin verbunden und auf das ganze Reich ausgedehnt werden muß. Sollten die Mühlenarbeiter auf dem Gebiet der reformistischen Gewerkschaftsführer nicht dazu übergehen, den Kampf auszuweiten und zu verschärfen, so laufen sie Gefahr, zermüdet zu werden. Ausdehnung des Streiks auf alle wichtigen Mühlen ist das dringendste Gebot der Stunde.

28514 Mk. Reingewinn
erzielte Meyer Kauffmann in Wustgiersdorf im Jahre 1928!
Textilprolet, und Du?
Organisiert den Kampf!
Wählt Kampfleitungen!

Die werktätige Frau

Deutscher Muttertag 1929

Es ist der zweite Sonntag im Mai. Man feiert die Mutter mit viel Geschrei. Frau Pastor, Frau Doktor, der Kirchenrat, Sie präpflanzieren im Sonntagssaal, Leilen, Pflaumen und Blumen aus, In Mäntel, die sehen verkümmert aus.

Man preißt der Mutter heiliges Amt. Man ist von edler Begeisterung entflammt. Man kauft von Mutterrecht und Pflicht. Die Frauen sitzen mit stumpfem Gesicht und denken: Mein Gott, wie sieht es zu Haus bei uns in Wirklichkeit anders aus.

Er hat mir heut morgen die Presse poliert, Ich hab ihn „Schuß“ und „Lump“ tituliert. Schwanger geh ich mit dem achten Kind, Wo sieben nicht satt mehr zu kriegen sind. Er hat keine Arbeit, kein Brot ist im Haus und hier teilt man Blumen und Broschen aus.

Hier sagt man, wir sollen sanitätmäßig sein. Wer treibt uns denn in die Bergweisung hinein? Aus Elend und Not kommt all unser Streik. — Was hilft uns die Stunde der Festlichkeit? — Geha wir mit unsern Blumen nach Haus, Sieht die Not nicht ein Lächeln anders aus.

Proletenmütter, denkt alle nach! Wer trägt die Schuld an dieser Schmach? — Das Ausbeuterpad trägt daran die Schuld! Wie lange noch trägt ihr all das mit Geduld? Preßt euern Kopf in einen Schlag! Die Faust in die Frage dem Ausbeuterpad!

Dann erst kommt euer Muttertag!

Eva Dittmar.

„Muttertag“

Zu dem am Sonntag, dem 12. Mai, stattgefundenen „Muttertag“ wird uns von einer Arbeiterin geschrieben:

Die bürgerliche Presse macht ein großes Gedröhs um den sogenannten „Muttertag“. Sie redet von der Ausopferung der Mutter für die Kinder, für die ganze Familie usw. Eine bürgerliche Pressekorrespondenz schreibt, daß der „Muttertag“ ganz aus der allgemeinen Atmosphäre herausgehoben, isoliert von dieser Welt, damit alle Sinne und Gedanken sich ganz in ihn einleiten, gefiebert werden solle.

Aber der proletarischen Mutter ist mit diesem lieblichen Gesäußel absolut nicht behilfen. Für sie gibt es keinen „Muttertag“. Sie muß an diesem Tage wie an allen Tagen kämpfen und ringen um das tägliche Brot, um die notwendigen Kleidungsstücke für ihre Familie. Auch am „Muttertag“ werden Proletenmütter an den Maschinen, in den Fabrikhallen, bei der schweren Feldarbeit schaffen müssen, während die Kinder zu Hause allein und sich selbst überlassen sind.

Sicher, die „gäubige Frau“ hat ihren „Muttertag“ gefeiert. Dafür mußten Dienstmädchen oder Aufwartefrauen, die vielleicht auch Mütter sind, ihr den Dres nachräumen.

Aber der proletarischen Mutter wird es erst einen Muttertag geben, wenn wir die Kapitalisten zum Teufel gejagt haben, wenn wir es schaffen wie die russischen Proleten. Dort gibt es einen Tag, den Internationalen Frauentag am 8. März, bei der proletarischen Frau und Mutter gewährt ist. Aber dort sind es nicht hohe Pfaffen, die

man ihnen aufrichtig, sondern mit realen Tatsachen hilft man ihnen. Dort gibt es keinen § 218, der ihnen ständig mit Rot und Glend oder mit dem Buchsaus droht. In der Sowjetunion ist die Frau wirklich gleichberechtigt. Sie bekommt für dieselbe Arbeit den gleichen Lohn wie die Männer. Sie hat einen bezahlten, vierwöchigen Urlaub im Jahre. Sie hat den Siebentugendtag, und alle Vorrichtungen sind getroffen, daß die Kinder während der Arbeitszeit wohl behütet und gepflegt werden.

Frauen! Arbeiterinnen! Erklämpft euch ein besseres Los! Reicht euch ein in die kämpfenden Bataillone des Proletariats! Dann wird es auch einmal für euch einen „Muttertag“ geben!

Gunde ja — aber keine Kinder!

Eine Arbeiterfamilie sucht eine Wohnung und kam zu einem Hausbesitzer. Dieser fragte den Arbeiter: „Wieviel Kinder haben Sie?“ „Ich habe vier Gunde.“ Ehe die Familie einzuziehen wollte, erkundigte sich der Hausherr nochmals. Als er in die Wohnung des Arbeiters kam, fragte er: „Wo haben Sie denn die vier Gunde?“ „Dort in jeder Ecke sitzt einer!“ Aber es waren vier Kinder. Hätte der Arbeiter vorher gesagt, er hätte vier Kinder, so wäre für diesen Arbeiter die Wohnung nicht frei gewesen. Denn mit vielen Kindern bekommt man heute keine Wohnung mehr.

Frauen in den Berliner Kämpfen

In den Berliner Mattämpfen spielten die Arbeiterfrauen eine hervorragende Rolle. Sie haben sich in außerordentlich starker Zahl an den Demonstrationen beteiligt und haben auch in den Kämpfen mit der Polizei während an der Spitze gestanden. Die Berliner Arbeiterinnen haben praktisch den Beweis geliefert, daß die Frauen gleichwertige Kämpferinnen sind und daß sie ihre Pflicht für die Revolution tun können und tun werden.

Wir bringen nachstehend einige von vielen Berichten über die Rolle der Berliner Arbeiterinnen in den Mattämpfen.

In Schöneberg, einem Stadtteil von Berlin, sammelte sich die revolutionäre Arbeiterchaft in der Nähe eines Wochenmarktes zur Demonstration. Plötzlich traten als erste vier Arbeiterinnen hervor. Eine von ihnen trug eine rote Fahne und rasch ordneten sich hinter ihnen die Reihen. Die Schupo schlug wie wild mit ihren Gummiknüppeln die Demonstration auseinander und verhaftete zwei Frauen.

In Mariendorf-Lempelsow wurde ein Demonstrationzug von der Polizei auseinanderge schlagen. Kurz nachdem Sprang eine junge Arbeiterin auf die Straße und rief: „Vorwärts zur Demonstration! Kommt auf die Straße!“ Wieder wurde der Zug auseinandergetrieben. Doch noch neben dem Polizeilinzant rief die junge Arbeiterin: „Es lebe der 1. Mai! Es lebe die kommunistische Partei!“

Im Zentrum sammelten sich die Frauen zu einem geschloffenen Trupp in Demonstrationstruppe. Sie entrollten ein Transparent mit der Aufschrift: „Wir Frauen kämpfen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“ — „Ein Bravo den tapferen Arbeiterinnen!“ riefen die Umstehenden. Sehr bald war die Bergabel-Wärde zur Stelle und fiel über die Frauen her. Das Transparent aber war verschwunden und fiel nicht in die Hände der Polizei. Viele Frauen wurden dabei verhaftet.

In Köpenick traten die Frauen mit einer roten Fahne an die Spitze des Zuges. Als die Schupo anrückte, fanden die Frauen unerschütterlich und riefen: „Schlagt hoch, wenn ihr den Mut dazu habt!“ Betraten fanden die Polizisten. Erst durch scharfe Befehle konnten sie von den Offizieren in Bewegung gebracht werden, und dann kante wieder der Gummiknüppel.

In Wedding, dem größten Arbeiterviertel Berlins, hatten sich die Frauen ganz besonders zahlreich eingefunden. Mit einer roten Elmarmare demonstrieren sie durch die Straßen. In der Wilmersdorfer Straße trat ihnen die Schupo entgegen und verhaftete ihnen die Fahne zu entreißen. Die Fahne verschwand. Am letzte die Polizei

Gunde auf die Demonstranten. Viele Frauen wurden durch Blisse verletzt.

Eine junge Arbeiterin erzählt: „Ich war am Alexanderplatz. Plötzlich kam ein neues Polizeiauto. Ohne jede Warnung stürzten sich die Polizisten mit ihren Gummiknüppeln auf die Demonstranten. Ich erhielt zwei wuchtige Hiebe über den Kopf und brach bewußtlos zusammen. Auf dem Polizeiauto, auf das man mich gebracht hatte, erwachte ich. Jeder Arbeiter, der versuchte, die Hand zur Faust zu ballen und „Rot Front!“ zu rufen, wurde mit dem Gummiknüppel verprügelt. Viele Hiebe trafen auch mich, denn ich lag doch zusammen mit den anderen Verhafteten. Das Blut fließte mir aus Mund und Nase, und ich wurde wieder bewußtlos. Als das Auto Halt machte, erwachte ich wieder, hob den Arm und versuchte, die Hand zur Faust zu ballen. Da sauste schon ein Gummiknüppel auf meine Hand herunter.“

In der Parade wurde ich mit 40 Frauen eingesperrt. Wir sangen die Internationale und riefen: „Wieder mit der Bergabel-Polizei!“ Ein Polizeioffizier sagte zu mir: „Du Dure, du Sau, wenn du nicht still bist, schlagen wir dich gleich hier tot!“ Spät am Abend wurden wir dann nach Feststellung unserer Personalien wieder freigelassen.“

Am 2. Mai traten als erste drei Arbeiterinnen-Betriebe, und zwar die Belegschaften der Zigarettenfabriken Manoli, Jostel und Wassary in den Proteststreik.

Drei Arbeiterinnen liehen in Berlin ihr Leben für die Sache der gesamten Arbeiterchaft im Kampfe gegen den Polizeisozialismus. Viele Arbeiterinnen wurden verwundet und zirta hundert verhaftet. Die ganze Arbeiterchaft blüht mit Stolz auf diese Kämpferinnen und wird alles daran setzen, die Opfer der blutigen Unterdrückung des Metallarbeiter zu unterstützen. Die Sache der gesamten Arbeiterinnen ist es, das Werk, für das die drei Proletarierinnen in Berlin ihr Leben liehen, fortzusetzen und es zum Siege zu führen.

Frauen herbei!

Arbeitschwekern, habt ihr schon vernommen unsern Kampfruf: schließt die rote Front? Frauen gehen unter roten Fahnen, in die Herzen neues Leben kommt. Aus den Klüben, den Fabriken, strömt der Frauen mut'ge Schar, und aus Qualen, Not und Sorgen wählt ein Wille, Holz und wunderbar.

Frauen, unser die bestreite Erde, sprengt die Fesseln, brucht die Sklaverei! Euer Kind ein freier Mensch einft werde, schließt die Front, zum Klassenkampf herbei! Nicht mit Klagen, nicht mit Beten wird vom Joch das Volk befreit, laßt uns werben, laßt uns kämpfen für den Anbruch einer neuen Zeit!

Schluß mit all dem heimlichen Gemunkel, klar und offen treten wir hervor, daß es laut und unerschrocken schalle an des letzten Arbeitermannes Ohr: Auf, Proleten, schließt die Reihen, und ihr Frauen, reißt euch ein! Arbeitsfäuste, rote Fahnen, unser wird der große Endsieg sein!

Haut-Bleichkrom

Jetzt ist es Zeit, Sommerreifen, Oberkled, gelbe Kled im Geschäft und an den Händen zu bestatten durch Weiden mit Chlorokrom. Tube 1 Mk. und Chlorokrom 4 Stck 20 Pf. Inhaltlich und leicht formbar. Mit genauer Anweisung in allen Chlorokrom-Verkaufsstellen zu haben.

Von Kopp bis Aberhold

Breslauer Straßen werden nach Großgrundbesitzern, Reaktionären, Klassen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern benannt

Vor einer sehr wichtigen Stadtverordnetenversammlung

Die Tagesordnung der am Donnerstag tagenden Stadtverordnetenversammlung weist nicht weniger als 68 Punkte auf. Von besonderer Wichtigkeit sind die von unseren Genossen eingebrachten Vorschläge, und zwar die über Neuordnung des Finanzhaushalts, über Erhöhung der Wohnungsmieten (bei dessen Neuordnung bekanntlich die letzte Sitzung aufgelassen war), die Antrag wegen der Straßenumbenennung und der Einweisung der Fürstentsteinhausen aus dem Sitzungssaal, und schließlich folgender von unseren Genossen zusammen mit den Ausschüssen beim Reich und Einzel vorgelegter Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung Breslau nimmt Kenntnis von den ungeschehlichen Vorgängen am 1. Mai in Berlin, welche mit Ermordung und Verwundung von Arbeitern führten, welche ihr Recht auf die Straße, insbesondere am 1. Mai, in Anspruch nahmen.

Die Schuld an den Zusammenstößen fällt dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, Bärgebel, zu, welcher aus Gründen der Gleichgültigkeit die Aufhebung des Verbotes ablehnte, wie dies in München und Schwabenhausen der Fall war, und dadurch bisoll für den Arbeitermord in Berlin verantwortlich ist.

Das Verhalten des Sozialdemokraten Bärgebel zeigt den wahren Charakter der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, welche nicht gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ist. Die Vorgänge am 1. Mai in Berlin, ergriffen und bekämpften die Erfahrungen, welche die besagten Arbeiterklasse in zehn Jahren sozialdemokratischer Koalitionspolitik gemacht hat.

Die Stadtverordnetenversammlung Breslau erhebt ihr Protest gegen die Maßnahmen des Polizeipräsidenten Bärgebel und fordert vom Magistrat, daß für folgende Forderungen eingesehen:

- Sofortige Amtsenthebung und Verhaftung des Polizeipräsidenten Bärgebel.
Sofortige Aufhebung des Demonstrierungsverbotes in Berlin und in allen Teilen des Reiches, wo solche Verbote bestehen.

Den größten Teil der übrigen Tagesordnung nehmen die Einzelstadi ein. Selbstverständlich werden unsere Genossen Gelegenheit nehmen, an ihnen die auch schon im Ausschuss geübte Kritik zu wiederholen und die dort abgelehnten Vorschläge von neuem zu stellen.

Außer diesen Vorschlägen sind für die Sitzung noch eine Anzahl weiterer sehr interessanter und bedeutungsvoller Punkte vorgesehen. So z. B. die Finanzierung der „Buna“, neue Darlehen an das Stadttheater und die Verleibten Theater, Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise, und am Schluß soll die Annahme des Gesamtetats erfolgen.

Razzia

Bei einer heute nacht, von 24 bis 5 Uhr, in der gesamten Umgebung der Stadt vorgenommenen Razzia wurden 20 Personen festgenommen wegen Obdachlosigkeit (!) und Nahrungsgewalt. Unter den Festgenommenen befand sich auch ein Stechbrieflich Gefährlicher.

Nach 47000 Erwerbslose in Breslau

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat in der Berichtwoche (25. April bis 1. Mai) zwar angehalten. Die Zahl der Arbeitssuchenden betrug in der Provinz-Niederbeschleun 120 122, in Breslau 47 203.

Nacht Tote in der Wohnung gelegen

In den Vormittagsstunden des Sonntags wurde die 61jährige Rentempfängerin Anna Gasse in ihrer Wohnung Clausenwitzerstraße 3 tot aufgefunden. Die allein stehende Frau ist bereits vor acht Tagen einem Herzschlag erlegen. Am Sonntag waren die Jandbewohner der Wohnungsgenossen aufgefallen; sie verständigten die Polizei, die die Wohnungstür erbrach und die Frau tot vorfand. In einer Gassewirtschafft auf der Friedrich-Wilhelmstraße ist der 44jährige Posthändler Richard Beertur, Jahnstraße 11, plötzlich einem Herzschlage erlegen.

Wohin ruft heute die Pflicht?

Frieden! Heute, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mitgliedereversammlung. Kein Genosse, keine Genossin darf fehlen! Stadtverordnetenfraktion! Heute, am 19.30 Uhr, wichtige Sitzung im Lokal Ottostraße 9.

Monatsarbeit der Feuerwehr. Im Monat April ist die Feuerwehr 95 mal ausgerückt, und zwar zu 3 Großfeuern, 8 Mittelfeuern, 27 Kleinfeyern, 1 Schornsteinbrand, 2 Brandfeuern, je 9mal zu Blitzdem Alarm, fünfmal zu böswilligem Alarm, zu 17 Wasserhähnen und 22 anderweitigen Hilfeleistungen. Die Krantwagen sind in der Stadt zu Unfällen 125 mal, zur Krantbeförderung 770 mal, und nach außerhalb 11 mal ausgerückt. In diesen 908 Fahrten sind zusammen 6483 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallwachen sind 210 mal in Anspruch genommen worden.

Der ablige Name tut es! Seit einigen Tagen tritt hier eine Schwindlerin auf, die Hotels und Fremdenheime aufsucht und am nächsten Tage unter Hinterlassung der Bogischaub verschwindet. Die Schwindlerin legt sich hoch klingende Titel bei.

Wer ist die tote? Am Sonntag gegen 14.15 Uhr verstarb plötzlich an Herzschlag vor dem Grundstück Nikolaistraße 42 eine unbekannt weibliche Person. Beschreibung: etwa 60 Jahre alt, 1,65 Meter groß, graugemischtes Haar, in der Mitte gefleht. Bekleidungen A. D. Sie führte folgende Gegenstände bei sich: eine Kettenschlüssel (Zinnsilber und Zinnsilber), ein weißes Taschentuch, gezeichnet A. D., eine Geldbörse mit 640 Mark. Nachricht über die Persönlichkeit der unbekannt Toten erbittet die Kriminalpolizei, Eichhornstraße, Zimmer 347.

Alle Erwerbslosen: Heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr im Garten des „Bergkellers“, Kleinschkaustraße 33. Tagesordnung: 1. Die Hungerunterstützung soll noch weiter abgebaut werden. 2. Drohende Verschlechterungen bei der Notstandsarbeit.

Mitteloberschlesien

Dies. Kindesleiche gefunden! Arbeiter, die bei dem Klebermeister Anders in Schleiß mit Düngearbeiten beschäftigt waren, entdeckten in der Düngrube die Leiche eines mehrere Monate alten Kindes.

Oban. Lehrlingselbstmord. An einer Halblüchtigung fand man einen seit einigen Tagen vermißten Elektrolehrling tot auf. Er hat Selbstmord verübt.

In der letzten Magistratssitzung wurde zur Neu- dym. Umbenennung verschiedener im Eingemeindungsgebiet liegender Straßen Stellung genommen und gegen die Sit m e s s a s o m m u n i s t i s c h e n Stadtträts folgenden beschlossen. Es werden umbenannt die: Berliner Kunststraße vom Bahndammweg Elpauer Straße bis zur Westlich-Brücke in Deutsch-Dillast Straße. — Dergleichen von der Westlich-Brücke bis zur Stadtgrenze in Neumarkter Straße. — Hundsfelder Chaussee von der Hindenburg-Brücke bis zum Winkweg in Heinrich-von-Rörn- Straße. — Dergleichen vom Winkweg bis zum Winkplatz in Hundsfelder Chaussee. — Die Trambahner Chaussee von der Rosenhauer-Brücke bis zur Stadtgrenze in Trachenberger Straße. — Verbindungstraße zwischen Rautendelst. und Eisenweg in Bischofsstraße in Unbinnenweg. — Verbindungstraße zwischen Koboldweg und Unbinnenweg in Oberonweg. — Winkplatz-Haus-Straße in Bischofsstraße umbenannt in Emil-Wörner-Straße. — Straße 11 in Gräbchen zwischen Hochwälderstraße und Rüchlerstraße als Erinnerung an den früheren Breslauer Fürstbischof in Georg-Kopp-Platz. — Straße 8 in Gräbchen nach dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Scholtz-Straße. — Straße 9 in Gräbchen in Gräbchen-Straße. (Straße 8 und 9 sind Verbindungstraßen zwischen Hochwälder- und Gräbchen-Straße). — Verlängerung der Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen Umgehungsbahn und Stadtgrenze in Schottländer-Straße. — Verlängerung der Hohenzollernstraße zwischen Umgehungsbahn und dem Wege Karlles-Diakonin in Rennbahn-Straße. — Verbindungstraße von der Rennbahn-Straße nach der Schottländer-Straße in Am-Turnier-Platz. — Frühere Dorfstraße in Harlitz in Harlitz-Straße. — Verbindungstraße von der Schweidnitzer Chaussee bis zur Harlitz-Straße in An der Parkmauer. — Straße von der Harlitz-Straße nach dem Rennplatz bis zum Wege nach Hundsfeld in Herzogel-Straße. — Breslauer Straße in Preleten umbenannt in Trentin-Straße. (Trentin war ebenso wie Herzogel Breslauer Bürgermeister). — Straße vom Schmutzplatz An der Klostermauer parallel zur Korso-Allee in Karl-Hauptmann-An-Weg. — Die von der Karl-Mary-Straße nach Süden führende Hauptstraße einschließlich der westlichen Abiegung in der Igell-Siedlung nach dem Vorhaken der „freien“ Gewerkschaften in Karl-Legien-Straße. — Die Straße innerhalb der Igell-Siedlung nach dem Bergarbeiter-Vorhaken in Hue-Straße. — Die Verbindungstraße zwischen Karl-Mary-Straße und Karl-Legien-Straße nach dem Hagen sozialdemokratischen Hermann-Lorenz-Straße.

ben in Hue-Straße. — Die Verbindungstraße zwischen Karl-Mary-Straße und Karl-Legien-Straße nach dem Hagen sozialdemokratischen Hermann-Lorenz-Straße.

Bezeichnend ist, daß sich für die Umbenennung ausgesprochen der bekannte Untermerksyditus Schimmelpfennig einsetzt, der das „Verständnis“ Aberholds für das „Allgemeinwohl“ betont. Derselbe hat vorgeschlagen, Schottländer-Straße fragte Stadtrat Bernhardt, den im März 1920 von Kopp-Bundbesitzer Arthur Berger, der „Arbeiter-Zeitung“ besaß. Davos große Verlegenheit bei den Bürgerlichen und sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern, bis Oberbürgermeister Dr. Wagner erklärte, mit dieser Straßenbenennung solle der verstorbene Großgrundbesitzer Schottländer „gehört“ werden, der der Stadt den Südpark geschenkt hat. Bernhardt Schottländer, so sagte Herr Dr. Wagner zu behaupten, sei zwar ein Idealist gewesen, aber seine Bedeutung sei nicht so, daß man nach ihm eine Straße benennen solle. Schließlich wurden alle neuen Namen angenommen, bis auf die „Schottländer-Straße“. Im Ausschuss soll erst noch einmal darüber beraten werden, auf welche Weise man eine Verwestung mit unserem gemeinlichen Woffnen verhindern kann.

Wir beschäftigen nicht, uns mit den Bürgerlichen und sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern über die würdige Art, Proleten der Proletariats zu ehren, auseinanderzusetzen. Deren Andenken ist uns viel zu heilig, als daß wir erlauben würden, daß ihr Name zum Gegenstand des politischen Schachereis, seliger Ausschanderl mit den schwarzweißroten und schwarzrotgoldenen Krämerfieseln gemacht wird. Wir wissen genau, daß ihre Ehre nicht aus den Händen derer kommen kann, die zu ihren Gebeuten ihre Wächter-Gegeuer waren. Wir stellen diese Frage als eine Kampfaufgabe, wo man zwar fliegen, einen Erfolg dem Gegner abringen kann, um die man aber nicht schaden darf. Wenn wir trotz des Widerwillens, mit Bürgerlichen über die Bedeutung unserer Toten zu diskutieren, etwas zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters sagen, dann nur das eine: ihm fehlt die Voraussetzung für das Verständnis dieser Dinge. Wir überlassen es ihm gern, weiterhin Märchenbücher, Witschschroniken usw. durchzugehen und wackrige Straßenamen zu finden. Die Arbeiterklasse weiß, wie ihre Vorkämpfer wirklich geehrt werden: durch die Verwirklichung ihrer Ideale, durch die proletarische Revolution.

Wie Prostituierte ausgebeutet werden

Das Spartassenbuch der Frau Venne

Der Mord in der Weidenstraße hat blühlichartig eine Seite des Breslauer Elends, die Prostitution, beleuchtet. Allerdings nur für kurze Zeit, für Stunden fast nur, sprach man allenthalten über diese Dinge. Dann trat das Interesse für sie wieder zurück vor anderen Fragen, die die Hast des Lebens aufwarf. Es ist nicht das erstemal, daß eine fürchtbare, den Tod bedeutende Bluttat in die Elendsquartiere der Prostitution hineinfluchete. Vor vielen Jahren ereignete sich der Mord an der „Goldelise“, einer stadtbekannt Prostituierten, um deren Tod später fast Legenden gesprochen wurden; ebenfalls Jahre lang liegt auch der Mord an der Schellenberg zurück, die in ihrem Bett erschossen aufgefunden wurde, und deren Mörder bis heute noch nicht gefunden ist. Und schließlich die Morde der allerletzten Zeit an der Kriffen auf der Krullstraße und an der Schulz auf der Werbergasse. Die Opfer waren hier stets Prostituierte. In keinem Fall weiß man die eigentliche Ursache ihres Todes. Vielleicht war es Sexualtrausch, vielleicht auch nur ein Streit, entstanden um die Bezahlung des verlasten Körpers.

Der Mord in der Weidenstraße aber hat einen jener Menschen getroffen, die am Elend der Prostituierten noch verdienen. Die das in aller Deffentlichkeit, unter den Augen der Polizei, tun können, deren Methoden der schmutzigsten Ausbeutung allenthalben bekannt sind. Als man im Zimmer der Ermordeten nachforschte, hat die Polizei ein Spartassenbuch über 17 000 Mark lautend gefunden.

Wie ungeheuer muß die Ausplünderung jener Mädchen, die in

bestimmten Straßen ihrem traurigen Gewerbe nachgehen, sein, wenn eine einzige dieser Frauen in den wenigen Jahren nach der Inflation aus ihnen einen solchen Gewinn ziehen kann! (Daneben war Frau Venne noch Besitzerin zweier Häuser.) Selten, daß einmal die Besten und Bestehenden dieses organisierten Bordellbetriebes vor Gericht kommen. Vor einigen Monaten war einer von ihnen wegen Buchereis angeklagt. Die Mädchen, die vor der Polizei erklärt hatten, maßlos ausgebeutet worden zu sein — sie mußten für kleinste ungesunde Zimmer täglich 5 Mark bezahlen — fielen vor Gericht um und sagten aus, sich nicht beuachteiligt zu fühlen, worauf der Angeklagte freigesprochen werden mußte. Man sagt, die Organisation der Bordellbesten hätten durch Druck dafür gesorgt, daß die Mädchen ihre Aussagen zurücknahmen.

Wir sind weit davon entfernt, uns über die „Amoral“ der Prostitution, wie es Spiekerart ist, aufzuregen. Wir wissen, daß man sie nicht mit schönen Worten und Ermahnungen bekämpft. Die Prostitution ist eine Folge der allgemeinen Ausbeutung.

Der Kapitalismus, der alles zur Ware gemacht hat, er hat auch vor dem menschlichen Fleisch nicht halt gemacht. Nicht darauf kommt es an, mit Verachtung auf die Prostituierten zu schauen, die doch auch nur Opfer der verfluchten Gesellschaftsordnung, unter der wir alle leiden, sind, sondern darauf, mit der Ursache, dem Kapitalismus, neben vielen anderen, auch die eine Folge, die Prostitution, die schmutzigste Ausbeutung menschlicher Not, zu bekämpfen.

Reich und Staat lehnen Unterstützung der „Buna“ ab

Millionenpleite schon heute sicher!

Trotzdem verlangt Magistrat weitere 250000 Mark städtischen Zuschuß

Unsere Voraussage, daß die „Buna“ eine Riesenpleite werden wird, bestätigt sich früher, als wir selbst erwartet haben. In dem vorläufig berechneten Gesamtetat der Ausstellung, der sich auf 1 150 000 Mark belaufen sollte, waren auch Staatszuschüsse, die man „bestimmt“ erwartete, mit 250 000 Mark eingerechnet worden. Schon seinerzeit hatten die kommunistischen Stadtverordneten bei ihrer Ablehnung des Buna-Kommunis erklärt, daß der Hinweis auf die Staatszuschüsse ein Dreß sei, da man noch nicht wisse, ob überhaupt solche gewährt werden. Dem wurde von sozialdemokratischer und bürgerlichen Seite heftig widersprochen und besonders von der ersten mit Pathos die „Sicherheit“ dieses Zuschusses betont. Jetzt aber ist der ganze Schwindel der Bunawaltung offenbar geworden,

daß diese 250 000 Mark aus dem Stadtsäckel genommen werden. Einfach, was?! 500 000 Mark sind bereits vor Monaten bewilligt worden, zugleich der neuen 250 000 Mark macht das die nette Summe von dreiviertel Millionen Mark aus. Aber das ist noch nicht alles. Das sind nur die mit absoluter Sicherheit verlorenen Gelder, denn zurückgezahlt wird von den „Darlehen“ natürlich nichts, da mit Bestimmtheit mit einem Minus abgeschlossen werden wird. Für das Defizit kommt jedoch die pro forma als Veranfallterin vorgeschobene Messe-Gesellschaft nur bis zum Betrage von 50 000 Mark auf (die sie sich — ein Wis — auch noch von der Stadt geben läßt) und das Restdefizit, das wahrscheinlich in die Hunderttausende gehen wird, muß ebenfalls die Stadt übernehmen.

dem weder das Reich noch Preußen gewähren auch nur einen Pfennig Zuschuß.

Wir fragen: Wieviel hungernden Erwerbslosen, wieviel der Verzweiflung nahen Altersunterstützungsempfängern, wieviel unterernährten Kindern hätte mit dem Gelde geholfen werden können?

Aber wozu haben wir denn einen Magistrat? Zwar soll dieser eigentlich die Einkünfte vor unzulässigen Ausgaben bewahren. Sein Unvermögen, das fertigzubekommen, hat er schon mehrfach bewiesen. Und im Fall der „Buna“ von neuem. Nachdem der Magistrat die Buna-Forderung in der Stadtverordnetenversammlung vor allem mit dem Argument durchgedrückt hatte, „die Vorarbeiten seien bereits eingeleitet“ (die von dem damaligen Stadtkonzeil Hofmann veranlaßt wurden, lange bevor die Stadtverordnetenversammlung etwas davon erfuhr), wird nun weiter auf dieser Krampfschloß gegangen. Und zwar heißt es jetzt, man habe schon 250 000 Mark Ausgaben und bezweigen müsse, auch ohne Staatszuschuß, die Buna durchgeführt werden. Doch woher die entsprechenden 250 000 Mark nehmen? Nichts leichter als das, denkt unser bürgerlich-sozialdemokratischer Magistrat. Er bringt einfach eine weitere Buna-Forderung ein, in der die Stadtverordneten zum Handeln gezwungen werden sollen.

Im dem ungeheuerlichen Standal, in Zeiten, wo Tausende Breslauer Einwohner in Not sind, Millionen für einen Ausstellungszettel auszuwerfen, haben sich alle Parteien außer den Kommunisten schuldig gemacht. Die eigentlichen Beförderer des ganzen Blödsinns waren die Sozialdemokraten vom Einheitsfront. Auf ihnen liegt in erster Linie die Verantwortung für dieses gewisslose Spiel mit der Gebuld der Breslauer Werkstätten. Selbst den Deutschnationalen ist jetzt das Herz in die Hose gefallen und sie haben Vorschläge eingebracht, die verlangen, daß in der Stadtverordnetenversammlung die „Buna“ noch einmal durchgesprochen wird. Krumm, Eckstein & Co. aber „stehen fest“. Sie empfinden nicht den blutigen Hohn ihrer unverantwortlichen Stellungnahme. Raube ist jetzt Bürgermeister, da gibt es erst recht kein Zurück mehr. Uns soll es recht sein. Wir werden vor allem bei den diebstahlgewohnten und unethischen den Breslauer Arbeitern etwas über die Buna zu sagen haben.

Waldenburger Bergland

Und wieder 1600 Mark futsch

Die Disziplinarverhandlung gegen den Oberbürgermeister Dr. Wiehner soll am 28. Mai endlich stattfinden. In diesem Zusammenhang wird eine neue Geschichte bekannt, die für die „Aktion“ des Waldenburger Oberbürgermeisters ist. Auf einer seiner vielen Selbstbesichtigungstourne macht Dr. Wiehner die Bekanntschaft zweier Herren, die ihm versprochen, Geld zu besorgen. Zur Begahlung irgendwelcher dringender Verpflichtungen haben die zwei Herren gleichzeitig um ein

Darlehen in Höhe von 1000 Mark.

Dieses Darlehen wurde ihnen von Dr. Wiehner gegeben. Wie es sich erheut nachträglich herausstellte, gab Dr. Wiehner das Darlehen nicht aus eigener Tasche, sondern das Geld wurde auf seine Anweisung durch die Stadthauptkasse überwiesen. Der Schuldchein aber wurde nicht auf den Namen der Stadt, sondern auf Dr. Wiehner persönlich ausgestellt.

Nach der Abwicklung dieses Geschäfts waren die „Geldvermittler“ verschwunden. Eine Anleihe erhielt die Stadt durch ihre Vermittlung nicht. Als Dr. Wiehner den Versuch machte, das Darlehen zurückzuführen, stellte es sich heraus, daß der eine von den „Geldvermittlern“ bereits den Offenbarungseid geleistet hatte und die pflichtbare Person des anderen bereits auf 35 Jahre im voraus gesperrt war.

Die Anleihe, die die Stadt an die zwei „Geldvermittler“ zu leisten hat, fand inzwischen durch Kosten und Zinsen auf 1600 Mark angewachsen.

Und da jagt noch einer, daß Dr. Wiehner kein tüchtiger Oberbürgermeister war. Auf das Ergebnis des Disziplinarverfahrens darf man tatsächlich gespannt sein.

Fünf Grubenunfälle

Auf der Hermisdorfer Grube geriet der Hauer Fahler mit dem Fuß in die Schrämmaschine und wurde verletzt. Auf derselben Grube geriet der Arbeiter Juck zwischen zwei Wägen, wobei ihm ein Unterarm zerbrochen wurde. Beide Verunglückten mußten ins Lazarett abtransportiert werden.

Auf dem Hans-Heinrich-Schacht wurde der Schlepper Fleisch durch ein herabfallendes Bergestück verletzt. — Auf dem Tiefbauschacht erlitt der Hauer Gerth eine Gehirnerschütterung. — Auf dem Bahnschacht wurde dem Arbeiter Jappla ein Fußknöchel gebrochen.

Oberes Revier

Nachwache Protestkundgebung

Vergangene Woche fand auf dem Gottesberger Ring eine Protestkundgebung gegen den Arbeitermord in Berlin statt. Etwa 500 bis 600 Personen waren dem Rufe der Partei gefolgt. Nach den einleitenden Ausführungen des Genossen Müller wurde von der Kapelle der Trauermarsch intoniert. Darauf ergriff der Genosse Richard Schulz das Wort. Er geißelte den von dem Sozialdemokraten Jörgiebel herbeigeführten Arbeitermord. 24 Arbeiter wurden das Opfer einer blutigen Solbatesa. Alles muß jetzt darangelegt werden, als Lehre aus den Berliner Kämpfen die rote Klassenfront unter dem Banner der Kommunistischen Partei zu verstärken. Auch das Verbot des NFB wurde vom Genossen Schulz einer scharfen Verurteilung unterzogen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Mit Ablehnung und Empörung nehmen die revolutionären Arbeiter Gottesbergs Kenntnis von dem gemeinen Arbeitermord, welcher auf Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jörgiebel an der Berliner Arbeiterkassette verübt worden ist. Die versammelten Revolutionäre erklären einmütig ihre volle Solidarität mit den Berliner Paritätensolidaristen. Dem Sozialdemokraten Jörgiebel und den „Bergwacht“-Märdern, welche das Blutbad billigten und die Kämpfer beschimpften, sprechen sie ihre vollste Verachtung aus. Wir fordern die sofortige Freilassung aller verhafteten Arbeiter, sofortige Amtsenthebung und exemplarische Bestrafung des Sozialdemokraten Blut-Jörgiebel und sofortige Aufhebung des Verbots des NFB.“

Nach dem Schluß der Internationale, in die alle einstimmt, wurde die wuchtige Kundgebung mit einem dreifachen „Rot Front!“ geschlossen.

Freiburg

Ein Jungarbeiter schreibt: In letzter Zeit werden wieder die hitzigen Sekten in unserer Stadt mobil. Eine Sekte, genannt Jugendbund, verteilte Flugblätter und forderte vor allen Dingen die Jugend auf, ihre Versammlungen zu besuchen. Arbeiterjugend, lasse dich nicht durch die schönen Versprechungen der kirchlichen Gemeindeführer einfangen. Erkenne, wenn ein Krieg ausbricht, dann kennen sie keinen Gott, sondern nur ein Massenmorden. Arbeitende Jugend, komme zu uns, in die Jugend von Karl Liebknecht! Dort werdet ihr zu freien Menschen erzogen!

Schweidnitz

Weiteres Material gegen den Stadtrat Rosenbühl!

Anschließend an die Veröffentlichung des Materials über die Unregelmäßigkeiten im Elektrizitätswerk bringen wir einige Zahlen über den Verbleib bei den Materiallieferungen der Firma Rosenbühl an das Elektrizitätswerk. Es sind Preise gefordert worden, welche im

Gegensatz zur Konkurrenz bis zu 180 Prozent und darüber differenzierten. Wir haben schon vor längerer Zeit auf die horrenden Preise der Motore hingewiesen, die Herr Stadtrat Rosenbühl sich selbst als Dezentrat des Elektrizitätswerks, ohne vorherige Kenntnis der Kommission, zum Preis von 10 bis 12 Mark gekauft und dann mit 90 Mark pro PS weiterverkauft hat. Zu beachten ist noch, daß Herr Rosenbühl die von ihm zum Schrotterpreis gekauften Motore auf Kosten der Stadt repariert und sich dafür 700 Mark von der gesamten Kaufsumme in Abzug gebracht hat. Dabei will man immer noch behaupten, Herr Rosenbühl hätte an der Geschäftsverbindung mit dem Elektrizitätswerk nicht verdient. Als im April vorigen Jahres in dieser Angelegenheit eine Untersuchung stattgefunden hat, hat Herr Rosenbühl, wie uns von den beteiligten Kreisen, erklärt worden ist, in der für diese Angelegenheit anberaumten Sitzung die Erklärung abgegeben:

„Ich nehme es auf meinen Amtsbeid als Stadtrat, daß ich an den Verkäufen an das Elektrizitätswerk nichts verdient habe.“

Mit dieser Veröffentlichung ist unser Material noch lange nicht erschöpft. Wir werden in den weiteren Nummern der „Arbeiter-Zei-

Niederschlesien

Görlitz

Stadt subventioniert Aufrüstungen

Stadtratungen verschoben

Die letzte Stadtratversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Bewilligung der Subvention an die Luftkassa. Fast zwei Drittel der gesamten Zeit wurden auf diese Frage verwendet. Hin und her wogte unter den bürgerlichen, einschließlich den sozialdemokratischen Stadtratvertretern, ein Wortgeplänkel. Für die kommunistische Fraktion sprach gegen die Vorlage der Genosse Ulrich. In seinen Worten zeigte er den wahren Charakter des Luftverlehrs auf. Dieser Flugverlehr, heute noch friedlich, kann morgen schon in eine wichtige imperialistische Kriegsarmee umgewandelt werden. Und die Aufrüstungen für den „Verlehr“ sind nichts anderes als verschleierte Kriegsrüstungen. Die Kommunisten lehnen diese mit aller Entschiedenheit ab.

Bei den kleineren Punkten, Bewilligung von Beihilfen für die verschiedenen Lagunen, stimmte die kommunistische Fraktion abermals dagegen, da sie es nicht verantworten kann, daß jedes Vereinzelt schließlich die Steuergelder zu Feststellen usw. erhält. Die Stadt Halle wurde bis 1936 weiter an den bisherigen Bewirtschaftler verpachtet. Die Erhöhung der Garderobengelder wird beschlossen.

Da sich die Stadtväter bei Durchbringung ihrer Subvention für die Aufrüstungen so anstrebten, hatten sie keine Courage mehr, in die Stadtratungen einzutreten. Dieselben wurden bis zur nächsten Sitzung verschoben.

Lauban

Vom Auto zu Tode gefahren

Am Sonnabendabend überfuhr ein Laubaner Automobil auf der Kunststraße zwischen dem katholischen Hennersdorfer Zoll und dem Rünchenbacher Busch den 57 Jahre alten Platzmeister Heinrich Werner aus Hennersdorf, der, sein Rad führend, auf dem Heimwege begriffen war. Werner erlitt schwere Beinverletzungen und einen Schädelbruch, an dessen Folgen er bald nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus starb.

Grünberg

Feuer. In der Sandgasse brach im Gehöft des Landwirts Friß Bude Feuer aus. Die große Scheune, die Stallung und das Wäschehaus wurden vernichtet. Mitterbrannt sind große Heu- und Strohschütten und 100 Zentner gedrohhener Roggen. Das Feuer griff schließlich noch auf das angrenzende Nachbargehöft des Landwirts Wilhelm Kernchen über, wo es Stall und Scheune mit Heu- und Strohschütten und einen gefüllten Holzschuppen verhängte. Es liegt Brandstiftung durch den dreieinhalbjährigen Sohn des Besitzers vor, der in Gemeinschaft mit einem anderen Kinde den Brand angelegt hat, um „es einmal brennen zu sehen“!

Sprossau

Den Verletzungen erlegen. Der Maschinenreißende Krause, der mit dem Motorrad verunglückte, ist seinen Verletzungen erlegen.

Haynau

Polizei „erbeutel“ zwei Rot-Front-Papierfahnen

Wie in fast allen Orten, so hausuchte auch in Haynau die „pflichtbewußte“ Polizei bei den einzelnen Funktionären des NFB. Hier Mann hoch erschienen sie bei unseren Genossen, aber ihre mühselige Arbeit verlief negativ. Außer ein paar unwichtigen Rundschreiben beschlagnahmte sie bei einem Genossen zwei Rot-Front-Papierfahnen (!). Bei einem anderen Genossen beschlagnahmte sie sogar dessen persönliches Eigentum, nämlich ein Bandbüch vom dritten Reichstreifen.

Zu derselben Zeit, wo man bei den unbewaffneten Arbeitern nach Waffen sucht, treten die Faschisten an Orte immer frecher auf. Es ist festzustellen, daß Mitglieder der faschistischen Jugendverbände mit Schindeln und Beil am Kopf auf ihrem Neckenschilde erschienen (siehe zur Felddienstudie). Auch die Hiltlerjugend treiben immer frecher ihr Unwesen. Arbeitkollegen, erkenne die Gefahr.

weitere Material veröffentlichten, damit die Schweidnitzer Steuerzahler Ausführung erlangen.

Ein tödliches Straßenunfall ereignete sich auf der Chaussee zwischen Rogau und Mischelwitz. Im aufgewirbelten Staub fuhr ein Motorradfahrer in ein Auto hinein, so daß das Rad in Trümmer ging. Der Fahrer trug mehrere Knochenbrüche davon und die auf dem Soziusplatz mitfahrende Dame erlitt einen Schädelbruch, der ihren Tod herbeiführte.

Landeshut

Brandstiftung

Infolge Brandstiftung wurden in der Nacht zum Sonnabend in Rogau zwei Bestklimmer eingeschmört. Verletzt werden konnte so gut wie nichts. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde die Hausbesitzerin Gork in Oberblasdorf, der das Haus gehörte, festgenommen.

Bolkenhain

Neues vom Frauenmord

Die Obduktion der ermordeten Frau Hähnig ergab Gewürge als Todesursache. Ein Sittlichkeitsverbrechen konnte nicht festgestellt werden; auch wurde nichts gedeutet. Der mit der Tat in Verbindung gebrachte Knecht konnte ein Alibi nachweisen und wurde entlassen.

Jetzt erst recht zusammengeschlossen! Darum folgt unserer Parole: **Einmal in die Rote Front!**

Die Rote Hilfe ruft zur Solidarität auf

Trotz aller Schikanen des sozialdemokratischen Kartellvorsitzenden Karl betreffs Verweigerung der Volkshausräume (auf die wir morgen zu sprechen kommen) veranstaltete die Rote Hilfe, Ortsgruppe Haynau, noch am Freitagabend eine sehr gut besuchte Mitglieder-versammlung im Parkrestaurant. Als Referent vom Bezirksvorstand war Genosse Schleifstein erschienen. Die Versammlung billigte einmütig die Maßnahmen des Zentralvorstandes gegen die Organisationschwächlinge der C. L. A. S. Gruppe. Ferner wurde eine sofortige Aktion zur Unterstützung der Berliner Arbeiter beschlossen. Nach der Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz und Wahl eines neuen Kassierers wurde die von gutem Kampfeifer getragene Versammlung geschlossen.

Liegnitz

Sitt Banne des Morphiums . . .

Eine Tragödie entrollte eine Verhandlung, die vor dem Amtsgericht stattfand. Dem Gericht aus der Untersuchungsakkt vorgeführt wurde ein in Jahre 1920 geborene unbestrafter, geschiedene Frau Heria Hentel, geb. Wittke, aus Breslau. Mit 16 Jahren heiratete sie, doch wurde sie wieder geschieden. Sie geriet schließlich in den Bann des Morphiums. Das fürchterliche Raufgicht zerrüttete ihre Nerven völlig. Zwei Jahre lang mußte sie im Krankenhaus zubringen. Nach ihrer Entlassung lernte sie in Breslau ein Mädchen kennen, mit dem sie schließlich nach Berlin fahren wollte. Die Mutter des Mädchens gab ihr Bähne mit. Da den beiden das Geld aber nicht reichte, stiegen sie in Liegnitz aus, wo sie in einem Hotel Quartier nahmen. Die junge Frau, die sich in ihrer Not und Haltlosigkeit immer mehr zur Hochstaplerin entwickelte, gebrauchte bei ihrem Auftreten übrigens häufig auch großartige Namen wie A. mine v. Pustkammer. Als sie mit der Freundin eine Reihe von Tagen in Liegnitz zugebracht hatte, nahm sie mit dem Gepäckschein zwei Koffer, die dieser gehörten, in Empfang. Vor Gericht bestritt sie die Abicht einer Unterschlagung. Das Gericht nahm dies aber an. Aus dem großen Koffer, in dem sich auch Sachen befanden, die ihr gehörten, nahm sie ein der Freundin gehöriges Kleid und verkaufte es für 6 Mark. Ein Stubenmädchen veranlaßte sie zu der Herausgabe eines Darlehens in Höhe von 15 Mark, indem sie dem Mädchen vorjammelte, sie habe einen Bräutigam, der hier Affektor beim Gericht sei und ihre Schulden bezahlen würde. Schließlich beantragte sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht ging über die beantragte Strafe noch hinaus und erkannte auf 2 1/2 Monate Gefängnis.

Versammlungskalender

- Kommunistische Organisationen:**
- Breslau:
 - West: Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Graf, Westendstraße 37. Beitragselder sowie Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
 - Gruppe Lenin (Süd): Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Wagner, Westergasse 34 (großes Zimmer), wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch mitbringen.
 - West: Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Rüdiger, Trenzter Straße 58.
 - „Die roten Blitze“ Mittwoch 20 Uhr Probe!
 - Westend: „Die roten Blitze“ spielen hier zu Pfingsten.
 - Roten Frauen- und Mädchenbund:
 - Breslau:
 - Krause: Heute 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Graf, Westendstraße 37. Erscheinen aller Genossinnen Pflicht!
 - Sonstige Organisationen:
 - Breslau:
 - Rote Hilfe West: Dienstag 19,30 Uhr Versammlung bei Schiwozel, Schweigerstraße 1.
 - Rote Hilfe Ost: Mittwoch 20 Uhr im Lokal Weststraße 10 Generalmitgliederversammlung. Tagesordnung: Der Mutmal in Berlin und Mitgliedsbücher mitbringen.
 - Arbeiter-Exerzits-Gruppe: Dienstag 20 Uhr treffen sich alle Mitglieder bei Traxel in Sundfeld.
 - Arbeiterjugend: Dienstag von 20 bis 22 Uhr Übungsschieden bei Keimann, Neue Antonienstraße 2.
 - Streichen: Rote Hilfe: Mittwoch Mitgliederversammlung bei Wendt („Stadt Breslau“). Alles erscheint. Wichtige Tagesordnung!
 - Schweidnitz: Rote Hilfe: Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Häbel.

Stadtheater Breslau

(Opernhaus)

Dienstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie A 19
Der siebende Hölle

Mittwoch, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie B 19
Im Hain

Donnerstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 19
Die Land

Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 19
Der und Zimmermann

Sonnabend, 20 Uhr
Der Freigeist

Dollar-Obligationen

ZU

25, 50, 100 und 500 Dollar

gibt ab

Bank für Handel und Immobilien A.-G.

Bad Liebenstein (Thür.)

Postfachkonto 9188

Arbeiterkauft Möbel

im
Volksspeicher

Es gibt dort einfache u. bessere

Möbel

auch Teilzahlung

Robert Stache

Berliner Str. 9

Suferate Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schürfenkel

Nur persönl. kommen

Beste

in Serge, Kitten, Lehmann, Aermelwetter, Rohbar, Garm, Kuchel, Kernsch, Erdal

alles sehr billig prima Ware

Detail und Engros

North. Lippert

Breslau

Geierstraße 18
Filiale: Oberstr. 17
Wetzberggasse 43

Was ist Konkordat?

Dieses Wort, das täglich in der Presse zu lesen ist, ist manchem nicht vollkommen verständlich:

eine kurze und gute Erklärung

Jeder Zeitungsläser neben tausenden anderen Fremdwörtern in dem soeben erschienenen

W. LIEBKNECHT

Volks-Fremdwörter-Buch

Jeder braucht es. Preis in haltbaren Ganzleinen 6.50 Mk. zu beziehen in allen Literaturvertriebsstellen.

Genossen!

Werbt neue Leser!

NEVER DEUTSCHER VERLAG

BERLIN W.8

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Gastspiel

Kamerläger

Serge Abrahamovic

Griederite

MöBEL

kaufen Sie gut und preiswert im

Möbelgeschäft E. Pajoncsek

Schuck-Karl 1, Bergwerkstraße 19

Teilzahlung gestattet - Bei Barzahlung hohen Rabatt

Oberschlesische Bauarbeiter organisiert den Kampf

Am Sonnabend fanden in Gleiwitz unter dem Vorsitz von Regierungsbaurat Borchert wiederum Verhandlungen über den Abschluß eines Bestandsvertrages für die ober-schlesischen Bauarbeiter statt.

Bauarbeiter, macht der Verhandlungskommission ein Ende! Organisiert den Kampf um eure Forderungen!

Gleiwitz

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien Für die Zeit vom 3. bis 11. Mai 1929 teilt die Zweigstelle Oberschlesien des Bundesarbeitsamtes Schöphen folgende Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit mit:

Table with 5 columns: Berichtswochen, Arbeit-suchende, Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen-Prüfung, Offene Stellen, Vermittlungen. Rows: Berichtswochen, Vorwoche, Vorjahr.

Gegenüber dem Vorjahre sind diese Zahlen immer noch um 13 000 höher. Infolge Ablauf der Unterstützungshöchstdauer kamen in der Berichtswochen 84 Personen zur Aussteuerung.

Zufahrtrentenzahlung

Die Zahlung der Zufahrtrenten für Kriegsoffer sowie Sozialrentner für den Monat Mai 1929 für die Stadt Gleiwitz sowie die Stadtteile Elzuth-Baborze, Richtersdorf und Bernitz findet wie folgt statt: Donnerstag, den 13. Mai, für die Kriegsoffiziere, Kriegserstern, Kriegsveteranen, Halb- und Vollwaisen sowie Kinder wieder-verehrter Kriegsveteranen zu den auf den Ausweisarten angegebenen Zeitpunkten.

Hindenburg

Ende des Montag-Bochener-Platzes

Der Montag-Bochener-Platz steht vor dem Ende seines Bestehens. Dies geht schon daraus hervor, daß außer den Regulierungsarbeiten auf dem Bochener-Platz die Erdarbeiten für die Verlegung des Kanals auf den übrigen Platz ausgeführt worden ist.

Stätte desselben ist bereits seinem bisherigen Zweck entrückt. Damit dürfte der Anfang zur Umwandlung des Marktplatzes in eine Grün- und Promenadenanlage gemacht worden sein.

Mitgang der Einwohnerzahl Die Einwohnerzahl von Hindenburg ist im Laufe des vergangenen Monats wieder gefallen. Während am 1. April 129 300 Einwohner gezählt wurden, ist die Zahl am 1. Mai auf 128 911 herabgesunken.

Mikultschütz

Nicht einmal genügend Wasser

Schon lange macht sich hier in den an der Peripherie gelegenen Straßen ein Mangel an Wasser unangenehm bemerkbar. Jetzt wieder, wo ein größerer Wasserverbrauch eintritt, wird dieser Zustand für die Bewohner dieser Straßen untragbar.

Pelskretscham

Töblich überfahren

Am Sonnabend wurde der Arbeiterthomas Pawlitta im Dominium Jochschwitz von einer Düngefuhr überfahren. Er fiel vom beladenen Düngewagen und geriet unter die Vorderräder.

Sozialdemokrat begrüßt Stahlhelmehrenmitglied

In stärkerem Maße blüht wieder der nationalistiche Kummel mit dem Flieger KdH auf. Obwohl KdH schon einmal vor dem nationalistischen Mob in Oberschlesien gastierte, ist er schon wieder hier, um für den teutschen Gedanken Kellame zu schinden.

Für Oppeln hat das Ehrenmitglied des Stahlhelms, KdH, seinen Besuch am Mittwoch angefangen. Ein besonders großes Lament ist hierfür vorgesehen. Über nicht nur der nationalistische Mob, die wüthgewordenen Spießer, sind in flammender Begeisterung.

Die Sozialdemokraten in einer Front mit dem Stahlhelm. Die Bourgeoisie kann auf ihr Werkzeug wirklich stolz sein. Die Arbeiter aber müssen vor solch einer Partei den tiefsten Ekel empfinden.

des Wagens, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Verunglückte verstarb nach kurzer Zeit.

Kreuzburg

Ausbeutung von Jugendlichen A. R. Nach Strich und Feder wird heute immer mehr die Jugend ausgebeutet. Selbst die kleinen Krainer haben bei den großen Betrieben nicht nach. Wir bringen hier zwei Fälle.

Neustadt

Das Landproletariat erwacht

A. R. Am 4. Mai hatten die Deutschnationalen zu einer öffentlichen Versammlung in Langenbrück eingeladen, zu dem Zweck, ihre geschwächten Reihen wieder etwas zu stärken.

In der Diskussion sprach zuerst ein Kleinbauer, der in kurzen Worten den Deutschnationalen sein Mißtrauen ausgesprochen hat. Als nächster diskutierte Genosse Jeng aus Langenbrück.

Stürmischer Beifall und zahlreiche „Heil-Sowjet!“-Rufe kennzeichneten die revolutionäre Stimmung der Versammlung. Der wortfahre „Hauptling“ wagte es nicht, das Schlußwort zu ergreifen.

Welter so, dann wird der Sieg bald unser sein!

In Oppeln statt Brot Gummitüppel

A. R. Seine Hauptaufgabe scheint das Wohlfahrtsamt darin zu sehen, so viel wie möglich die Wohlfahrtsunterstützungen zu kürzen und zu entziehen. Besonders die ausgesteuerten ledigen Erwerbslosen sind diesem Bestreben ausgesetzt.

Das ist die wahre Wohlfahrtspflege. Sie findet auch die Billigung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters, denn bis jetzt hat er noch nichts dagegen unternommen.

Bergarbeiter, bereitet den Kampf vor!

Aus zahlreichen Schachanlagen kamen am Sonntag, dem 12. Mai, die revolutionären Funktionäre und Delegierten der Bergarbeiter zusammen, um die gegenwärtigen schwierigen Lohnfragen zu beraten.

In der sehr reichlichen Aussprache wiesen die Kameraden auf die Notlage der Bergarbeiter sowie die scharfe Einkommensminderung der Massen hin. Trotz der Maßnahmen der reformistischen Bürokratie ist es nicht gelungen, die Bergarbeiter von der Opposition zu trennen.

In die Bergarbeiterkammeraden der Oberschlesischen Anlagen

Kameraden! Klassengenossen!

Die politische und wirtschaftliche Lage, in der ihr euch befindet, ist sehr ernst. Die Gesamtarbeiterschaft wird bei langer Arbeitszeit unter den schlimmsten Antreibermethoden ausgebeutet und absolut unzureichend entlohnt.

Im vorigen Jahre ist für den Bergbau ein Schiedspruch von 7 Prozent Lohnsteigerung gefallt worden, der durch Abbau der Arbeitszeit und Erhöhung der Soll-Leistung faktisch illusorisch wurde.

Am 31. März ist der Manteltarif für euch abgeklungen. Die Kameraden der Opposition haben auf der Revisionkonferenz konkrete Forderungen eingereicht, wobei die wichtigste war: Stufenlohnentscheid unter Tage und Aufstufenscheid über Tage.

Am 30. April haben die Bergarbeiterverbände den Lohnantrag gebilligt. Die Abkündigungslust am 31. Mai ab. Und obwohl wir schon am 12. Mai haben, also beinahe der halbe Monat verstrichen ist, werden die Verhandlungen nicht daran, eine Konferenz oberhalb der Bergarbeiter einzuberufen und die Forderungen zu klären und so bei den Arbeitgebern einzusetzen.

gen einerseits, andererseits ihre Verbindung mit dem staatlichen Machtapparat zum Ausdruck gebracht.

Doch bis heute wurde von den Reformisten noch nicht das geringste zur Regelung der Notfrage im ober-schlesischen Bergbau unternommen, obwohl die Lage der Kumpels noch schlechter ist als die im Ruhrbergbau.

Dieses Schandbeispiel bestätigt aus neue unsere Behauptung, daß die reformistische Verbandsbürokratie Hand in Hand mit der Regierung und den Unternehmern gegen die Interessen der Arbeiterklasse handelt.

Kameraden! Ihr könnt und dürft diese Politik der Verschleppung und des Verrats nicht hinnehmen. Ihr müßt den Kampf um eine menschenwürdige Existenz über die Köpfe der reformistischen Führer organisieren und bis zum Siege führen.

Ihr habt bei den Wahlen der Betriebsräte einen großen Schritt auf dem Wege zum revolutionären Kampf getan und euch mit Mehrheit für die revolutionären Betriebsräte entschieden.

Ihr müßt euch darüber klar sein, daß der Kampf um eure gerechten Forderungen ein harter sein wird. Die Unternehmer sind brutal und rücksichtslos. Die können das um so mehr sein, als sie der Unterstützung durch die Regierung, den Machtapparat des Staates und die reformistische Verbandsbürokratie sicher sind.

Bei dieser Unterstützungsfaktion der Unternehmer zeichnen sich die Sozialdemokraten am meisten aus. Sie beraten nicht nur den Kampf an

den staatlichen Schlichtungsapparat, sie verbieten Kundgebungen der Arbeiterschaft, sie schlagen die Arbeiter blutig nieder, wie das der sozialdemokratische Polizeipräsident Jägersfeld am 1. Mai in Berlin gemacht hat.

Die reformistischen Führer, die sich bei den Betriebsrätewahlen, bei den Maidemonstrationen und den gewaltigen Kundgebungen gegen das Verbot des KdH, davon überzeugt haben, daß ihr Einfluß bei den proletarischen Massen schwindet, daß sich die Sympathien für die kommunistische Partei zu großen Vertrauensstundgebungen verdrängen, versuchen mit Wort und Schrift, mit Wut und Lüge, mit Gummitüppel und Karabiner die Einkommensminderung der Arbeiter aufzumuntern.

Die sich entwickelnde Formierung der roten Massenfront gilt es anlässlich der Lohnkampagne zu schließen und zu einem Block des Angriffs gegen Unternehmer und Reformisten zu gestalten.

Die wichtigsten Forderungen unseres Kampfes sind: Erhöhung der Löhne um 1,50 Mark die Schicht für alle Arbeiter.

Abkündigung des Stufenlohnsystems. Abkündigung des Straffsystems. Erhöhung des Urlaubs auf 8-21 Tage. Stufenlohnentscheid unter Tage, Aufstufenscheid über Tage.

Sechsstundenlohnentscheid für alle Jugendlichen unter 18 Jahre. Wir fordern euch weiter auf, zur Vorbereitung des Kampfes für die gestellten Forderungen auf allen Anlagen Kampfausschüsse zu schaffen.

Folgt unserem Ruf zu den Belegschaftsversammlungen, damit wir alle notwendigen Schritte und Maßnahmen besprechen und entsprechende Beschlüsse fassen können.

für die Demokratie im Verband und gegen die Diktatur der reformistischen Bürokratie, für die Wiedereinnahme der ausgeschlossenen, für Umwandlung der Gewerkschaften in Klassenkampforganisationen, gegen den Schlichtungsapparat und gegen die Koalitionsregierung.

Die Konferenz der Delegierten und Funktionäre des Bergbaus in Oberschlesien.

Führer von Weißstein, Waldenburg, Salzbrunn, Nieder-Hermsdorf, Dittersbach, Blumenau, Altwasser, Wüsteglersdorf, Fellhammer-Nord, Langwaltersdorf, Reichhennersdorf, Sandberg-Walden, Bunzlau, Haynau, Liegnitz, Bolkenhain

Weißstein

Vertrieb Selbst, Hauptstr. 2, 88044, Gut und billig kaufen Sie im Warenhaus Erich Lange 88058, Alfred Müller, Salzbrunner Str. 29, 88057, Heinrich Borde, Rautschhäuser Str. 23, 88058, Max Schill, Salzbrunner Straße 53, 88054, Erich Geißler, Gartenweg 4, 88053, Ernst Schubert, Hauptstr. 63, 88894, HANS HERZOG, Altwasserstraße 14, 88059, Heinrich Optiz, Hauptstraße 108, 88051, Paul Berger, Hauptstraße 88, 88895, „Deutsches Haus“, Hauptstraße 93, 88047, Bruno Rinner, Salzbrunner Str. 53, 88265, Konrad Eubwig, Altwasser Straße 16, 88364, Paul Rother, Hauptstraße 150, 88050, Karl Biehmert, Hauptstraße 139, 88049, Kaufhaus Gante, Hauptstraße 115, 88048, W. Krause, Joh. W. Engel, 88046, Karl Hülsmann, Hauptstraße 62, 88045, Ernst Oerich, Mittelstraße, 88043, Paul Simon / Mollererstraße, Hauptstraße 144, 88990, WEDELIN LACHNIT, 88268, Ernst Oerich, Hauptstraße 144, 88990, WEDELIN LACHNIT, 88268, Ernst Oerich, Hauptstraße 144, 88990, WEDELIN LACHNIT, 88268.

Waldenburg

Konfektionshaus, 88035, Max Silberman, Herren- und Knaben-Bekleidung, Kauf bei Jacobsohn, Gartenstrasse 6, 88038, ADOLF ERNST, 88270, D. Korn, Friedländer Str. 7, 88038, Max Stissmann, Mittelstraße 11, 88058, Ernst Schubert, 88058, R. Rosinowicz, Burgstraße 50, 88058, Louis Samoil, Goldberger Straße 23, 88054, Max Futter, Ring 9/10, 88056, Kaufhaus Max Holzer, Friedländer Str. 10, 88037, Hugo Klahr, Gottesberger Straße, 88269, Fahrradhandlung, 88038, Waldenburg-Neustadt, 88420, Bunzlau, 88613, EISENRUBINSTEIN, 88618, Gertrud Schill, Zollstraße 9, 88609, Erich Kühn, Oberstraße 19, 88619, SCHIFFER & SOHN, 88617, Theophil Rosenthal, 88615, Trinkt Milch, 88614, HEINRICH HAMMELA, 88616, Refertiert

Schuhhaus Wendlandt & Oert, 88610, Thomas Zebler, 88611, Nieder-Hermsdorf, 88494, Hermann Wille, 88491, Hermsdorfer Langziele, 88493, Kurt Hubka, 88490, The Schwizer, 88489, Hermann Bretschneider, 88492, HEINZEL & SCHUBERT, 88488, Damen- u. Herrenbekleidung, 88807, Ober-Wüsteglersdorf, 88495, Robert Fehm, 88494, ERNST TEICHMANN, 88496, Wüsteglersdorf, 88492, Richard Woschner, 88491, Karl Schürer, 88490, Dorothea Schürer, 88490, Altwasser, 88041, Erich Fackel, 88042, Milchverforgung, 88040, Lebensmittel, 88422, Erich Fackel, 88421, Zigarren / Zigaretten, 88426, HUGO MÜLLER, 88424, Gner & Co., 88423, Robert Fehm, 88425, Fellhammer-Nord, 88487, Oskar Krause, 88486, Springer's Gasthaus, 88484, Maria Wuhl, 88483, Josef Riepel, 88487, Eduard u. Oskar Hegerich, 88485, Bolkenhain, 88870, U. Grundmann, 88871, Bad Salzbrunn, 88888, Juliust Just, 88888, Nieder-Salzbrunn, 88888, Franz Kreitzler, 88888, Paul Klug, 88888, Blumenau, 88427, Langwaltersdorf, 88888, Sandberg-Waldenburg, 88888, Reichhennersdorf, 88888, Dittersbach, 88888, Refertiert

Breslau-West

Zentral-Theater / Ballsaal, 88237, Lebensmittel, 88057, Fr. Rzechulka, 88078, Fisch, 88078, P. Nierke, 88078, Anna Hahn, 88078, Refertiert

Kolonialwaren, 88079, Schmeißerstraße 9, 88315, Friedrich-Wilhelm-Str. 66, 88315, Jahrbuch Dreßler, 88078, Lebensmittel, 88078, Refertiert

Breslau-Nord

KÜCHENGERÄTE, 88361, Refertiert, Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!